

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

### Neue Notverordnung — neue Belastungen.

Schon in der letzten Nummer unserer Zeitung haben wir mitgeteilt, welche neuen, ungeheuren Lasten dem arbeitenden Volke durch die neueste Notverordnung auferlegt werden. Wie der Reichstag sich zu dieser jüngsten Maßnahme der Regierung Bräuning stellen wird, ist noch nicht klar. Aber von fast allen Parteien wird die Notverordnung angegriffen und alle Parteien verlangen gründliche Änderungen dieser Verzweiflungsmaßnahmen der Reichsregierung. Allerdings sind diese Wünsche so unterschiedlich, wie die Parteien sind.

Die neue Notverordnung bringt viel schärfere, viel mehr in die materiellen Interessen des Volkes einschneidende Bestimmungen als ihre Vorgänger. Aber in einem gleich sie den früheren Notverordnungen aufs Haar: Sie wälzt, wie die vorhergehenden, den Hauptteil der Lasten auf die Arbeiterschaft. Noch mehr als bei den früheren Gelegenheiten werden diesmal den arbeitenden Klassen der Bevölkerung schwerste Entbehrungen zugemutet, während die besser und bestgestellten Kreise viel weniger von der außerordentlichen Not empfinden, die nach den Worten der Brüningregierung auch außerordentliche Mittel erfordert. Wenn ein Industrieangestellter mit einem Jahreseinkommen von 18 000 Mk. nach der neuen Verordnung etwa 1000 Mk. jährlich an Krisenlohnsteuer und zusätzlicher Krisensteuer zu zahlen hat, so kann er das viel leichter ertragen, als die Arbeiter den neuerlichen Steuerabzug und die unfernen Beamten die ihnen zudiktirte Gehaltskürzung. Es ist doch immer noch so, daß erst die Einkommensspitzen, also die über den unumgänglich lebensnotwendigen Betrag hinausgehenden Summen, die „Suppe fett“ machen. Solche Einkommensspitzen vertragen es schon eher, daß sie gekappt werden, als das Einkommen des kleinen Beamten und des Fabrikarbeiters, deren schmale Gehälter und deren kärgliche Löhne in den allermeisten Fällen doch unter der Summe bleiben, die als Mindestbetrag für eine einigermaßen menschenwürdige Lebenshaltung notwendig ist. Und wie muß es die Arbeiterschaft erbittern, wenn sie sieht, wie ein großer Teil der ihr abgepreßten Steuerbeträge der Industrie als Subventionen zufließt, die sowieso sehr viel günstiger bei der Krisensteuer abschneidet als die Arbeiter und Angestellten.

Aber das ist es nicht allein. Besonders hart wird sich der Abbau der Arbeitslosenversicherung auswirken. Die Not der Arbeitslosen wird auf das Unerträgliche gesteigert. Menschen, die durch den materiellen und seelischen Druck der langen Arbeitslosigkeit an der äußersten Grenze ihrer Widerstandsfähigkeit angelangt sind, sollen noch mehr entbehren, sollen noch hilfloser gegenüber der furchtbaren Not gemacht werden. Es ist eine alte abgebrauchte Redensart, daß ein Tropfen das Faß zum Überlaufen bringen kann. Aber die vielen bitteren Tropfen, die die neue Notverordnung in den vollgerüttelten und vollgeschüttelten Leidensbecher der Arbeiterschaft schüttet, könnten sehr leicht eine unheilvolle Wirkung ausüben, können sehr leicht zu einem tobenden Meer der Verzweiflung werden, in dem die Regierung untergeht. Aber nicht nur die Regierung! Es wird ja nicht bei dem fünfprozentigen Abbau der Unterstützungssätze bleiben. Die Berechnungsmethoden sorgen dafür, daß der Abbau der Unterstützung bei manchen Gruppen 10 bis 12 Prozent ausmacht. Die Regierung Brüning geht den Weg weiter, den sie von allem Anfang an beschritten hat. Alle Lasten den Schwerarbeitern, alle möglichen Erleichterungen den Schwerverdienern. Die Unternehmer werden die Worte von der Lösung der Wirtschaft aus den allzu straffen Bindungen nicht sehr tragisch nehmen. Im Gegenteil, sie geben schon ganz offen kund, was sie unter den starren Bindungen verstehen, unter denen die Wirtschaft leidet: Nieder mit den Tarifverträgen! Her mit dem freien Arbeitsvertrag! Die Gewerkschaften müssen sehr auf der Hut sein, daß die Unternehmer nicht auf dem Wege über die Notverordnung einen neuen gefährlichen und vielleicht erfolgreichen Vorstoß gegen den Kollektivgedanken unternehmen, der im Tarifwesen eine so erfreuliche Darstellung gefunden hat. Sonst wird der nächste Lohnabbau sehr schnell kommen und sehr gründlich sein. Es steht sehr viel für die Gewerkschaften auf dem Spiel. Die in jahrzehntelangen Kämpfen erzielten Errungenschaften der Arbeiterschaft sind ernstlich bedroht. Neue schwere Kämpfe stehen bevor. Es kann nur daran gehen, sie zu bestehen, wenn die Arbeiterschaft in der Abwehr der drohenden Angriffe einig und geschlossen dem einigen Gegner gegenübertritt.

### Diktaturlüste der Unternehmer.

Je schwieriger die Lage ist, in die die deutsche Wirtschaft durch unfähige Führer gebracht wurde, desto radikaler werden die Mittel, die die Unternehmer anwenden möchten, um die notleidende Wirtschaft für sich zu retten. Nachdem die der Arbeiterschaft mit Hilfe der Regierung angezwungenen Lohnsenkungen sich nicht als das unfehlbare Anregungsmittel erwiesen haben, als das sie durch ihre Befürworter immer hingestellt wurden, will man es nun mit der Gewalt versuchen. Denn etwas anderes als brutale Gewaltmaßnahmen, und zwar gegen die Arbeiterschaft und ihre sozialen Gruppen, gibt es nicht.

schaften, werden die Unternehmer nicht im Schilde führen, wenn jetzt soviel von ihren neuesten Plänen gemunkelt wird, die auf ein „Direktorium“, ein Kollegium, hinauslaufen, das Deutschland und seine kranke Wirtschaft retten soll. Das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, schreibt von diesen abenteuerlichen Plänen:

„Wir sind überzeugt, daß die einen schon ein fertiges Direktorium und die anderen schon ihre neuen Kabinette fertig auf dem Papier stehen haben. Und es wird verhandelt und geraunt, man hat mit dem Ausland Fühlung genommen und wälzt „neue Pläne“. Ja, man hört schon Termine, bis zu denen das neue Regiment da sein soll. Der nächste ist der 31. Juli. Auffallend ist nur, daß man keine Namen erfährt; man hört nur die tröstliche Versicherung, die nötigen Männer

### Immer neue Belastungen

des werktätigen Volkes sind die Folgen der widersinnigen ungerechten Wirtschaftsordnung. Immer noch mehr Lohnabbau fordern die Unternehmer, immer mehr sollen die Unterstützungseinrichtungen der Sozialversicherung verschlechtert werden, immer schuldloser soll die Arbeiterschaft der furchtbaren Not gegenüberstehen, die die Wirtschaftskrise mit sich bringt. Alle Opfer dem arbeitenden Volk, keine Belastung des Besitzes, das ist die Parole des selbst- und herrschsüchtigen Unternehmertums. Aber sie vergessen, daß die Spitze der Pyramide von den unteren Schichten des Bauwerks getragen wird und daß eine zu große Schwächung der Grundlagen unserer Volkswirtschaft zu einer Katastrophe führen muß, die vor allem auch die Spitze der Pyramide in den Abgrund schleudert.

würden zur rechten Zeit schon da sein. Faul, sehr faul! Man mag zu Brüning und seinem Kabinett stehen, wie man will; aber welchen Nutzen will man sich versprechen von einem Direktorium, das von der Schwerindustrie kommt? Direktorium wäre einer offenen Diktatur gleichzusetzen, einer höchst parteiischen und sozialreaktionären Diktatur. Ein heller Wahnsinn!

Nicht nur ein Wahnsinn wäre eine solche Diktatur, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk. Es ist schon so, wie „Der Deutsche“ schreibt, was soll die Arbeiterschaft erwarten von einem Direktorium „der besten und tüchtigsten Leute Deutschlands“ (so nennen sie sich in edler Bescheidenheit selbst), von Leuten, deren prominenteste Führer erst kürzlich auf der Industriellentagung in Düsseldorf sagten, daß es keinen anderen Ausweg aus der Krise gäbe, „als sich nach oben zu hungern“. Soll das nicht erbitternd auf die Arbeiterschaft wirken, wenn solche Worte von Leuten gesprochen werden, die bei ihren Gehältern von 100 000 oder gar 500 000 Mark jährlich gar nicht wissen, was „Hunger“ heißt? Wen empört es nicht, daß für die notleidende Wirtschaft immer nur die Arbeiterschaft hungern soll, während andere in Wohlleben schwelgen?

Es ist nicht notwendig, der Arbeiterschaft noch einmal zu sagen, was sie von einem Direktorium der Unternehmer zu erwarten hat. Wir wissen, daß es nichts Schlimmes gibt, was ein solches Direktorium der Arbeiterschaft nicht zumuten und nicht auferlegen würde. Aber den Diktaturinsinuen — ausgerechnet Herr Dr. Schacht soll den Vorstoß haben, Mitglieder sollen Krupp von Bohlen-Halbach, Reusch, Springorum sein — muß gesagt werden, daß sie ein sehr gefährliches, auch für sie gefährliches Spiel treiben, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, aber schwerlich gewinnen werden. Es ist schon so, wie Marx sagt, daß sich in der kapitalistischen Gesellschaft der Verstand erst immer post festum geltend macht. Vielleicht ist es aber dann für die Unternehmer zu spät. Mögen sie auch ableugnen, solche Pläne zu haben, wie sie in der Presse angedeutet wurden, ihr Wunsch nach einer Wirtschaftsdiktatur, nach einem „Marken nationalen“ Kabinett ist zu bekannt. Hatten wir etwas Ähnliches nicht schon einmal, mit der Inflation als Ergebnis? Zu weiteren Versuchen dieser Art wird sich das deutsche Volk, wird sich die deutsche Arbeiterschaft nicht ein zweites Mal hergeben. Die freien Gewerkschaften, für die eine solche Diktatur der Schwerindustrie den Beginn eines Kampfes auf Leben und Tod bedeuten muß, werden diesen abenteuerlichen Plänen entgegenzutreten wissen. Für den Schutz ihrer sozialen Errungenschaften, für Freiheit und Brot wird die deutsche Arbeiterschaft kein Opfer und keinen Kampf scheuen.

### Ein kurzes Wort gegen den Lohnabbau.

Von Luis Brentano.

Man spricht kaum einen Unternehmer, der nicht überzeugt wäre, bei unbegrenzter Lohnsenkung — 50 Prozent ist ungefähr die geringste Forderung — die Krise überwinden zu können. Er wird mir nun sehr verständlich sein, wenn ich

Das muß die Besorgnis aller, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, im höchsten Maße erregen. Der Reallohn ist heute bei uns schon außerordentlich geringer als in unseren Hauptkonkurrenzländern und von der den Arbeitern als Gegenleistung für die Steigerung des Preises von Brotgetreide auf 230 Prozent des Weltmarktpreises versprochenen Senkung der Preise ist in Wirklichkeit nichts zu spüren. Woher dieses Versagen?

Es liegt darin, daß die privatwirtschaftliche Betrachtungsweise die volkswirtschaftliche in Deutschland völlig in den Hintergrund gedrängt hat. Wie Ferdinand Fried in der Monatschrift „Die Tat“ (Novemberheft 1930) ausgeführt hat: „Wenn die Hälfte der Hüttenwerke nicht arbeitet, aber dennoch in den Bilanzen zu Buch steht, so streßen sie genau so viel Zinsen und Amortifikationen wie die arbeitenden Hüttenwerke; das sind die von Schmalenbach so genannten fixen Kosten. Diese bleiben also unverändert, ob ein Stahlwerk 8 Millionen Tonnen oder nur 4 Millionen Tonnen Stahl erzeugt. Werden nur 4 Millionen Tonnen erzeugt, so verdoppeln sich damit automatisch die „fixen Kosten“ pro Tonne; d. h. die rechnerischen Selbstkosten steigen so hoch, daß selbst ein künstlich überhöhter Inlandpreis wie beim Stabeisen die Selbstkosten nicht mehr deckt. Die Industrie kann also, je weiter sich die Lage verschlechtert, um so stärker darauf hinweisen, daß sie den Preis nicht senken kann, weil die Selbstkosten immer höher ansteigen. Nun rennt aber die Eisenindustrie gegenwärtig Sturm gegen die Löhne. Wenn sie von notwendiger Senkung der Selbstkosten spricht, dann meint sie immer Senkung der Löhne; sie hat sich da so sehr in eine Zwangsvorstellung verrannt, daß man häufig schon hören kann: die Löhne seien die fixen Kosten. Es herrscht eben auch in den Begriffen eine ganz heillose Verwirrung. In Wirklichkeit macht z. B. der Lohnanteil beim Stabeisen etwa 7 bis 15 Prozent aus, ist also gegenüber den fixen Kosten — zumal gegenwärtig — bedeutungslos. Das Schwergewicht liegt nicht auf dem „gerechten“ Lohn, sondern ausschließlich darin, ob es möglich ist, durch eine Senkung der fixen Kosten vom ungerechten zum gerechten Preise zu kommen. Eine Senkung der fixen Kosten bedeutet aber praktisch Abschreibung der stillstehenden Produktionsanlagen, also Herabsetzung der angeblähten Kapitalien unserer Hüttenwerke. . . . Diese Aufblähung der Produktionsanlagen und Kapitalien — die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind — ist aber der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten des ganzen Systems.“

Fried fährt fort: „Die Verhältnisse des Eisenmarkts wurden ausführlicher exemplifiziert, weil sie in ihrer Kräftehaftigkeit typisch sind sowohl für die Überhöhung der Kartellpreise an sich, als auch für die Überhöhung der Preise derjenigen Güter, die durch einen industriellen Bearbeitungsprozeß hindurchgegangen sind, wie das Eisen durch Hochofen und Hüttenwerke. Denn überall, wo industrielle Anlagen sind, haben sich in gleicher Weise die fixen Kosten erhöht; es entsteht die Phrase der hohen Selbstkosten, und die Halbstoffe und Fertigwaren verharren bei dem größten Preiseinbruch der kapitalistischen Geschichte auf einem grotesken und utopischen Preisniveau“, und nun zeigt Fried zahlenmäßig, wie der Preisstand der verarbeitenden Produkte im Oktober 1930 um 10 Prozent bei Roggenmehl, bis 160 Prozent bei Mauersteinen höher als 1914 gewesen ist. „Eine Preissenkung“, fährt er fort, „ist für all diese Fabrikate wirtschaftlich unmöglich, solange das kapitalistische System an dem Selbstkostenprinzip festhält, das übrigens ganz unkapitalistisch, vielmehr kameraltisch ist.“

Ich gestehe willig, daß erst dieser Aufsatz Frieds mich auf die geschilderte Wirkung der privatwirtschaftlichen Betrachtungsweise der Selbstkosten unserer großen Unternehmungen aufmerksam gemacht hat. Er hat mir den Gegensatz zu dem, was meine Lehrer als die Selbstkosten der Produktion bezeichneten, die gedeckt werden müssen, wenn die Dauer der Blüte der Volkswirtschaft gesichert sein soll, drastisch vor Augen geführt. Im Jahre 1868 hat Ernst Engel, der damalige Direktor des preussischen statistischen Büros, in einem berühmten Vortrag über den „Preis der Arbeit“ dargelegt, daß die Selbstkosten der Arbeit aus dem bestehen, was nötig ist, um die Arbeiter in ihrer Jugend, während ihrer Arbeitsfähigkeit und in ihrem Alter sowie während der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit zu erhalten; ohne dies sei die Fortdauer der Produktion unmöglich. Heute werden die Kosten der nicht produzierenden Kapitalanlagen zu den Kosten der hergestellten Produkte gerechnet, während die Selbstkosten derjenigen, die das Produkt wirklich herstellen, so gedrückt werden sollen, daß deren menschenswürdige Existenz ausgeschlossen erscheint! Am 15. Mai hat Papst Pius XI. die Welt vor der Herabsetzung der Arbeitslöhne gewarnt; er hat die Entproletarisierung der Proletarier der Welt als Ziel hingestellt. Bei uns dagegen künstliche Verfeinerung des Lebensunterhalts und Senkung der Löhne! Sollte im Kampfe zwischen Profitminimum und Lohnminimum das erstere triumphieren, so dürfte Fried in seiner Prognose recht behalten, daß das kapitalistische System seinem Untergang bei uns entgegengeht, und nach furchtbaren Hungerrevolten wird die sowjetische Planwirtschaft sein Ende sein. Aber noch kann ich nicht glauben, daß eine deutsche Regierung sich findet, die es so weit wird kommen lassen.

### Die Höhe der Krisensteuer.

Wieviel nach der Notverordnung an Krisensteuer gezahlt werden muß, zeigt die folgende Tabelle:

Jahres- einkommen in RM.	Angestellte und Lohnempfänger		Selbständige Gewerbetreibende.		Landwirte haben zu zahlen RM.
	Satz der Krisensteuer in %	Zu zahlen RM.	Satz der Krisensteuer in %	Zu zahlen RM.	
2 400	1	24	1/4	18	—
3 600	1	36	1/4	27	—
4 800	1,5	72	1	48	—
6 000	2	120	1	60	—
7 200	2,5	180	1,5	108	9
8 400	3	252	1,5	126	18
12 000	3,5	420	1,5	180	60
18 000	4 + 1,5	990	1,5	270	180
36 000	4,5 + 2	2 340	2	720	600
50 000	5 + 2	3 500	2	1 000	880
100 000	5 + 2	7 000	2	2 000	1 880
200 000	5 + 2,5	15 000	2,5	5 000	4 860

Diese Zusammenfassung zeigt aber auch gleichzeitig, wieviel mehr die Lohn- und Gehaltsempfänger belastet werden als die selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte. Aus welchem Grunde die Regierung diese „gerechte“ Verteilung der Lasten vorgenommen hat, steht nicht in der Notverordnung. Wahrscheinlich müssen die Lohnsteuerpflichtigen darum mehr bezahlen als die selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte, weil bei ihnen die Einziehung der Steuer so schön leicht ist.

### RSD.-Wünsche und -Sorgen.

Herr Heckert, Mitglied der kommunistischen Reichstagsfraktion und Führer des Reichskomitees der RSD., hat wieder einmal etwas ausgeheckt. Die Eroberung und Spaltung der Gewerkschaften geht zu langsam. Moskau will schnelle und greifbare Erfolge sehen. Schließlich gibt man sein Geld doch nicht umsonst her. Also werden neue Richtlinien, neue Anweisungen für den Kampf gegen die Gewerkschaften herausgegeben, um den gesunkenen Angriffswillen und den revolutionären Elan der RSD.-Anhänger aufs neue aufzufächeln. Hier die Hauptforderungen:

Organisierung der Streiks in allen Industrien, konzentrierter Angriff innerhalb der freien und christlichen Gewerkschaften, Sammlung aller unzufriedenen und gegen die Instanzpolitik rebellierenden Elemente im Innern dieser Verbände, um die RSD.-Fraktionen mit dem Ziel der Gewinnung breiter Mitglieberschaften dieser Gewerkschaften, in denen (leider, nicht mehr!) immer noch 7 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte organisiert sind, für die revolutionäre Einheitsfront, für die RSD. usw.

Auch dieser konzentrierte Unfinn wird nichts nutzen. Streik in allen Industrien bei 5 Millionen Arbeitslosen! Bisher ist noch jeder von der RSD. organisierte und geführte Streik in die Dezialmalträchtigkeit gegangen; der einzige Erfolg aller RSD.-Streiks war bisher, daß die Unternehmerfront gestärkt wurde und noch mehr Arbeiter auf die Straße flogen. Bei den drei Pfund Kartoffeln für zwei Wochen, die die Rote Hilfe den Streikenden spendet, kann man keinen Streik führen, selbst bei der herodotischen RSD.-Strategie nicht.

Wahrscheinlich weiß aber Herr Heckert nicht, wie er sein Programm des konzentrierten Unfinns in die Wirklichkeit umsetzen kann. Daher seine Fragen an die Betriebsfunktionäre der RSD.:

Wie kommen wir zum Kampf der Betriebe?

Wie kommen wir besser an die freigewerkschaftlichen und die christlichen Gewerkschaftsmitglieder heran? Mit welchen Methoden kann man am erfolgreichsten schwierige und konzentrierte Arbeit organisieren?

Warum sind unsere Anhänger, die noch in diesen (den reformistischen!) Gewerkschaften organisiert sind, dort so passiv? Warum gehen die RSD.-Anhänger so ungern an die Oppositionsarbeit in diesen Gewerkschaften heran? Halten sie sich für zu schwach, diese Klassengegner zu überzeugen und zu gewinnen, oder hoffen sie, daß wir durch die RSD. und die roten Verbände allein ohne Rücksicht auf die 7 Millionen organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten unsere Ziele erreichen?

Die RSD.-Leitung sollte es doch wissen, wie man am besten zum „Kampf der Betriebe“ kommt. Dafür hat sie doch Beispiele in der glorreichen Vergangenheit der kommunistischen Verbände (Ludwigshafen) und sogar in der allerjüngsten Vergangenheit (Erdweih), in denen die einzigen Leidtragenden die verhassten Arbeiter waren, die nachher recht-, schlag- und hilflos ihrem Schicksal überlassen wurden. Des ist auch der Grund für die Herrn Heckert so unerfreuliche Passivität der RSD.-Anhänger in den freien Gewerkschaften. Diese Leute wissen ja zum großen Teil, welche Lorbeeren man bei RSD.-Streiks ernten kann, und sie wissen auch, daß mit den RSD.-Erfolgen keine Klassengegner zu überzeugen sind.

Es wird Herrn Heckert auch jetzt nicht gelingen, die freien Gewerkschaften zu zerstückeln. Es wird keine „Starrplanwirtschaft“ geben. Unsere Mitglieder wissen, daß die RSD. sie nicht aus der Wirtschaftskrise retten kann, sie haben an den bisherigen Erfahrungen mit der RSD.-Streikaktiva genug und lehnen es ab, aufs neue Versuchsbjekte der RSD.-Gewerkschaftsbeschlüsse zu sein. Und nicht zuletzt wissen sie auch, daß die RSD.-Führung das Ende der deutschen Arbeiterbewegung und die Herrschaft der Unternehmer und der Nazis bedeuten würde.

### Die Moskower abgeblüht.

Die Moskower können es einfach nicht ertragen, daß mit Hilfe der Gewerkschaften wenigstens noch die Tarifverträge mit einigermaßen erschütterlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen erhalten blieben. Daher auch ihr fanatisches Bestreben, die freien Verbände zu zerstören, damit die Widerstandskraft der Arbeiterchaft gegen die zum Teil geradezu unerschöpflichen Lohnabbauforderungen der Unternehmer vollkommen erlahmt und die Arbeitgeber dann in der Lage sind, die Arbeiter willig verabschieden zu lassen. Das ist der Zweck, in dem die Proleten dann reif sind für die wahnwichtigen Parolen der deutschen Moskower.

So auch in der Ziegeleiindustrie. Die Unternehmer diktierten trotz bestehenden Lohnabkommens einfach: „Som 1. April 1931 an sehen wir die Löhne um 14 Pfennig

herab. Wer glaubt, dafür nicht arbeiten zu können, kann seine Papiere holen.“ Wenn der Verband der Fabrikarbeiter nicht gewesen wäre und sofort vor dem Arbeitsgericht ein obliegendes Urteil erlangt hätte, dann hätte auch mancher Rogl und Nazi, vielleicht zähneknirschend, den Lohnabbau schon für April schlucken müssen.

Die Verhandlungen mit dem Bund nordwestdeutscher Ziegeleien sind deswegen so schwierig, weil gerade im hannoverschen Bezirk die allergrößten Scharfmacher die treibenden Kräfte sind. Dies sind es Arbeitgeber, die der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sehr nahe stehen. Und diese Zugehörigkeit oder Freundschaft zur NSDAP. ist vielleicht auch gerade die Ursache, daß sie unter keinen Umständen zu bewegen waren, von ihren 14 Pfennig Lohnabbau auch nur einen Pfennig nachzulassen. Sie weigerten sich sogar, den Spruch des Unparteilichen, welcher immerhin noch 7 Pfennig Lohnsenkung vorsah, anzuerkennen, so daß erst der Schlichter von Niedersachsen in einer noch-maligen Verhandlung beide Parteien verpflichten mußte, sich dem nunmehr erneut von ihm zu fällenden Spruch zu unterwerfen. Dieser beließ es dann bei den 7 Pfennig. Der

### Dividendenzugang 1 1/2 Prozent.

Die Dividenden der deutschen Aktiengesellschaften sind im Jahre 1930 durchschnittlich um 1 1/2 Prozent gesunken (berechnet aus den Geschäftsberichten von über 1000 Aktiengesellschaften). Der Reingewinn ging um 1,3 Prozent zurück. Die Durchschnittsdividende für das Jahr 1930 betrug immer noch etwa 6 1/2 Prozent, trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise. Reingewinn und Dividenden sind immerhin noch ganz ansehnlich, besonders wenn man die vielen verschleierte Gewinne hinzurechnet.

### Lohnabbau 6 Prozent.

Weil die Gewinne und Dividenden einen so geringen Rückgang zeigten, mußten unter Billigung und mit Hilfe der Regierung die Löhne der Arbeiterschaft um 6 Prozent durchschnittlich gesenkt werden. Dieses Eisenhartmittel, die Löhne zu senken, um den Profit zu retten, hat das Ergebnis gehabt, das solche Mittel immer haben. Arbeitslosigkeit und Verelendung des deutschen Volkes steigen. Gibt es einen besseren Beweis für die Unfähigkeit der heutigen Wirtschaftsführer? Gibt es einen besseren Beweis für die Unfähigkeit des Systems, dem die Unternehmer dienen? Gibt es einen besseren Beweis für die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Kaufkraft- und Lohntheorien?

Fabrikarbeiterverband hat also den geplanten Lohnabzug auf die Hälfte herabgedrückt.

Wo waren in all diesen Kämpfen denn nun die braven Rogis oder ihre RSD.? Nicht zu sehen und nicht zu hören! Jetzt aber kommen sie wie die Schakale aus ihren Löchern herausgekrochen und streuen wie die Stinktiere ihren widerlichen Duff gegen die Gewerkschaften aus. Sie schenken sich nicht, folgendes Pamphlet zu verteilen:

Kollegen der Ziegelei Lemmel!

Der Lohnraub in der hiesigen Ziegelei ist erfolgt durch die hiesige Gewerkschaftshierarchie. Die rücksichtslosen und unmenschlichen Ausbeutungsmethoden waren nur möglich durch den Verrat der Gewerkschaftsbezogen. Dieser freche Raubzug erfolgt auf Kosten eurer Gesundheit und der eurer Familie. Der Schiedsspruch, welcher einen zehnprozentigen Lohnabbau vorsieht, ist von den Unternehmern abgelehnt. Diese Ablehnung läßt einen weiteren Lohnabbau mit Zustimmung der Gewerkschaften befürchten. Wir fordern euch auf, in geschlossener Front die Absichten der Unternehmer und den Verrat der Bonzo-Kartie zu verhindern. Erscheint zu der am Donnerstag, dem 28. Mai, nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Betriebsversammlung beim Gastwirt Kreyenbohm, Marienburger Höhe! Erscheint reiflos! Nestlos sind nicht nur die Ziegler der Lemmischen Ziegelei weggeblieben, sondern auch die von Brann! Aber tags zuvor, am Mittwoch, dem 27. Mai, nahmen die recht zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen der beiden Ziegeleien im Gewerkschaftshaus zu Hildesheim nicht nur zu den Lohnkämpfen und dem Lohnabwurf, sondern auch zur RSD. Stellung und saßen einstimmig folgende Entschliebung:

Die versammelten Ziegeleiarbeiter der früheren Albrecht Brannschön und der Gebr. Lemmischen Ziegelei in Hildesheim billigen voll und ganz das Verhalten der Lohnkommission des Verbandes der Fabrikarbeiter und sprechen ganz besonders der Leitung in Hildesheim, dem Kollegen Heint. Hillebrandt, ihr vollstes Vertrauen aus.

In einer Zeit, wo der Arbeitsmarkt von über 4 Millionen langfristige Arbeitslosen besetzt wird und die Schlegelkraft der Gewerkschaften nicht zuletzt auch durch die alles zerstörende, vor schmerzlicher Verteilung nicht zurückschreckende Winter- und Winterarbeit der RSD. (Sprich: Kommunistische Partei Deutschlands, Abteiler Deutschland) geheut ist, ist es ein Verdienst der freien Gewerkschaften, den Ansturm der Unternehmer auf der ganzen Linie gegen den Lebensstandard der Arbeiter in so wirkungsvoller Weise, wie zum Beispiel in der Ziegeleiindustrie, zurückzuschlagen zu haben.

Wenn die Unternehmer in ihrer rücksichtslosen Gier, alle Lasten reiflos auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen, einen Lohnabbau um 14 Pfennig die Stunde fordern, in einem Augenblick, wo sie hier in Hildesheim den Steuereins von 36 bis 38 Mk. — statt ihn herabzusetzen — auf 43 bis 45 Mk. heraufsetzen, in einem Augenblick, wo von über 20 Ziegeleien im Bezirk kaum sieben ihren Betrieb erst wieder aufgenommen hatten und durch Diktat den Lohnabbau von 14 Pfennig einfach durchsetzen wollten, so dankt es die Ziegeleiarbeiter dem energiegelassen Eintreten des Fabrikarbeiterverbandes, daß dieser brutale Anschlag der Ziegeleiunternehmer auf die Lebenshaltung der Arbeitnehmer für den Monat April gütlich abgewehrt und vom Mai an nur zur Hälfte verwirklicht werden konnte.

Die Ziegeleiarbeiter Hildesheims lehnen jede Gewerkschaft mit den Gewerkschaftsvertretern der sogenannten RSD., reiflos ab und bleibt dem Fabrikarbeiterverband als der einzigen Interessensvertretung der Arbeiterschaft treu.

Das war die beste Antwort! Und nach wie vor werden die Ziegler sich im Verband der Fabrikarbeiter (Abteilung Arbeiterverband) und in der Sozialdemokratischen Partei zusammenfinden im Kampf gegen wirtschaftliche und politische Reaktion. Seine Hillebrandt

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Unfallschutz in der Zuckerindustrie.

Dem Jahresbericht der Zucker-Berufsgenossenschaft und dem Bericht der technischen Aufsichtsbekanntmachung für das Jahr 1930 entnehmen wir folgendes:

Die Berufsgenossenschaft umfaßte in diesem Jahre 271 Betriebe (281\*), in denen 88 592 (85 782) versicherte Personen beschäftigt waren. Von den Versicherten sind 6111 Betriebsbeamte und 392 kaufmännische Beamte. Ziehen wir diese von der Gesamtzahl der Versicherten ab, dann verbleiben 82 098 Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Berufsgenossenschaft versichert sind. Rechnet man die Zahl der Betriebsbeamten auf die Betriebe um, dann kommen auf jeden Betrieb mehr als 22 Betriebsbeamte. Gemessen an der Zahl der beschäftigten Arbeiter, ist diese Zahl sehr hoch. Sie ist nur so zu erklären, daß ein großer Teil der Rübenzuckerfabriken eine Anzahl Arbeiter zu Angestellten gemacht hat. Das geschieht mit der Absicht, um die Arbeiterschaft in den Betrieben zu entzweien. Ein Teil dieser Arbeiter-Beamten leistet genau dieselbe Arbeit wie die Arbeiter auch. Sie werden aber in das Angestelltenverhältnis gebracht und so wird künstlich eine Scheidewand zwischen ihnen und den übrigen Arbeitern errichtet. Die Zuckerfabriken wollen sich in diesen Arbeiter-Beamten für bestimmte Fälle eine Schutztruppe schaffen.

Die Zahl der Vollarbeiter betrug 47 237 (45 790). Der große Unterschied zwischen der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Vollarbeiter erklärt sich aus dem Saisoncharakter der Industrie. Die Hauptbeschäftigungszeit für die Rübenzuckerfabriken dauert nur neun bis zwölf Wochen. Während der stillen Zeit ist in den Betrieben nur eine geringe Anzahl Leute beschäftigt. Die Zahl der Vollarbeiter war im letzten Jahre höher als im Vorjahre. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Beschäftigten an sich höher und daß die Hauptbetriebszeit länger war als im Vorjahre.

Von den versicherten Betrieben wurden im Berichtsjahre 202 Betriebe (205) = 75 Prozent revidiert. Das ist eine verhältnismäßig hohe Zahl, die von den übrigen Berufsgenossenschaften nicht erreicht wird. Der Bericht konstatiert, daß in fast allen Betrieben die Schutzvorrichtungen zweckentsprechend angebracht waren. Die Zahl der Anordnungen zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften war geringer als im Vorjahre. Insgesamt wurden 822 Anordnungen getroffen. Nachstehende Aufstellung zeigt, für welche Arbeitsstellen bzw. für welche Arbeitsvorgänge die meisten Anordnungen getroffen wurden. Es wurden Anordnungen zur Durchführung des Unfallsschutzes getroffen an:

Riemen und Riemenscheiben	125
Schnecken, Schüttelrinnen, Transportbändern, Elevatoren	84
Treppen, Leitern, Wägen, Laufbohlen usw.	53
Fahrrädern, Schwungradern, Pumpen	48
Jahrträdern, Kettenrädern, Tragrollen	48
Wellen, Wellenenden, Kupplungen usw.	40
Azetylen-Apparaten, Stahlflaschen f. komprimierte Gase	37
Motoren und Dampfmaschinen	35
Elektrischen Anlagen	28
Wägen, Mäulchen, Rührwerke, Becherwerke, Reißwägen usw.	24
Schmierrohren	24
Drehbänken, Bohrmaschinen	21
Beschaffung und Aufhebung von Verbandsstoffen	22

In bezug auf Schutz an Riemen und Riemenscheiben läßt also die Durchführung des Unfallsschutzes noch am meisten zu wünschen übrig. An zweiter Stelle stehen die gefährlichen Betriebseinrichtungen, wie Schnecken, Schüttelrinnen, Transportbänder und dergleichen. Alsdann folgen die Anordnungen für Schutz an Treppen, Leitern usw. Beim Vergleich der Anordnungen werden die Unfallvertrauensleute ohne weiteres herausfinden, welchen Betriebsstellen sie am meisten ihr Augenmerk schenken müssen. In einem erheblichen Teile handelt es sich bei diesen Betriebsvorgängen um Einrichtungen, die in fast allen Betrieben zu finden sind. Die höchste Zahl der Anordnungen ist also nicht auf spezielle Verhältnisse der Zuckerindustrie zurückzuführen, sondern dient dem allgemeinen Schutz. Gerade hier aber müßte der Unfallsschutz besser durchgeführt sein.

Der Bericht stellt weiter fest, daß in 39 Betrieben bei der Revision keine Anordnungen nötig waren, da in diesen Betrieben alles in Ordnung war. Das ist immerhin erfreulich. So sollte es eigentlich in jedem Betriebe sein. In 102 Betrieben mußten 1-5 Anordnungen getroffen werden, in 48 Betrieben wurden 6-10 Anordnungen je Betrieb getroffen, in 11 Betrieben 11-15 Anordnungen und in 17 Betrieben je Betrieb mehr als 20 Anordnungen. In den letzten Betrieben scheint die Durchführung des Unfallsschutzes sehr viel zu wünschen übrig zu lassen.

Nach der Revision erhält die Betriebsleitung eine schriftliche Mitteilung über die getroffenen Anordnungen. Wir haben bereits früher angeregt, daß es für die Durchführung des Unfallsschutzes von Vorteil wäre, wenn auch der Betriebsrat, bzw. der Unfallvertrauensmann eines jeden Betriebes Abschrift der Anordnungen erhalten würde. Sie könnten dann mit darauf achten, ob die Anordnungen auch durchgeführt sind. Die Revision wird den Betrieben 2-3 Tage vorher gemeldet. Der Bericht sagt, das habe sich gut bewährt. Der verantwortliche Leiter des Betriebes war dadurch meist zur Stelle und konnte an der Revision teilnehmen. Noch günstiger habe sich dieses für die Teilnahme des Betriebsratsvorsitzenden und des Unfallvertrauensmannes ausgewirkt. So konnte der Unfallvertrauensmann an 159 Revisionen von 202 Revisionen teilnehmen. Es wird festgestellt, daß die Betriebsratsvorsitzenden des öfteren, auch wenn sie nicht gerade Schicht hatten, extra zur Fabrik kamen, um an der Revision teilzunehmen. Hier wird unseren Unfallvertrauensleuten ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das darf nun aber nicht dazu führen, daß sie in ihrem Eifer erlahmen; im Gegenteil muß es für sie ein Ansporn sein, noch mehr für die Durchführung des Unfallsschutzes zu wirken. Einen Nachteil aber hat die vorherige Anmeldung. Die Betriebe können vorher

\* Die in Klammer stehenden Zahlen sind die Zahlen des Berichtsjahres 1929.

„bestimmte“ gemacht werden, d. h., es wird alles, was sonst nicht in Ordnung ist, in Ordnung gebracht.

An anderer Stelle sagt der Bericht über die Durchführung der getroffenen Anordnungen:

Fast ausnahmslos wurden die Maßnahmen der technischen Aufsichtsbauten von den Betriebsunternehmern in jeder Weise unterstützt. Leider mußte wiederholt die Feststellung gemacht werden, daß Beanstandungen der letzten Revision nicht beseitigt waren, obwohl deren Ausführung bereits gemeldet war. Eine bessere Erklärung als die in den letzten Berichten gegebene hat sich bisher nicht finden lassen. Da es sich jedoch durchweg um geringfügige Änderungen handelte, wurde von einer Bestrafung dieser Betriebe abgesehen.

Wenn vorher konstatiert wurde, daß der Unfallschutz in der Zuckerindustrie verhältnismäßig gut durchgeführt ist, so wird hier festgestellt, daß getroffene Anordnungen nicht durchgeführt waren, trotzdem ihre Durchführung gemeldet war. Das ist immerhin ein starkes Stück; es gibt demnach also doch eine Anzahl Betriebe, die dem Unfallschutz nicht die Bedeutung beimessen, die er hat, sonst könnte etwas Derartiges nicht vorkommen. Würde man unserer Anweisung nachgeben und die Unfallvertrauensleute ebenfalls von den Anordnungen unterrichten, dann könnten diese besser darüber wachen, daß der angeordnete Schutz durchgeführt wird.

Aber das Verhalten der Versicherten bei der Durchführung des Unfallschutzes sagt der Bericht:

Das Verhalten der großen Masse der Versicherten den Bestrebungen der Unfallverhütung gegenüber ist auf Grund unserer zahlreichen Bemühungen doch besser geworden. In einigen Betrieben wurden zwar immer noch bei den Besichtigungen achtlos beseitigte gelegte Schuhvorrichtungen angetroffen. Zum Teil wurden diese auch erst während der Besichtigung an Ort und Stelle gebracht. In zwei Betrieben wurden sogar die Sicherheitsventile der Dampfkeessel mit Ziegelsteinen belastet vorgefunden. Die zuständigen Gewerbeaufsichtämter sowie die Dampfkeesselüberwachungsvereine wurden entsprechend benachrichtigt. Die schon im vorjährigen Bericht erwähnte tägliche Selbstüberwachung der Betriebe, die teils durch Handwerker, teils durch Mitglieder der sogenannten „Unfall-Kommisionen“, denen außer dem Unfallvertrauensmann und dem Betriebsrat der Meister und Facharbeiter angehören, ausgeübt wird, hat zu guten Erfolgen geführt.

Im großen und ganzen wird also in dem Bericht festgestellt, daß bei den Versicherten das Verständnis für die Unfallverhütung besser geworden ist. Es werden aber auch Fälle angeführt, wo die Schuhvorrichtungen beseitigt oder unbrauchbar gemacht wurden. Das darf unter keinen Umständen vorkommen.

Die Ursachen zu der Beseitigung des Unfallschutzes sind mancherlei Art. In vielen Fällen glaubt man, die Schuhvorrichtung sei hinderlich bei der Arbeit. Man wird sie namentlich dann beseitigen, wenn im Akkord gearbeitet wird und wenn bei der Akkordarbeit alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um auf einen erträglichen Verdienst zu kommen. Diese Gründe dürfen unsere Kollegen nicht veranlassen, den nötigen Unfallschutz zu entfernen. Die Akkorde müssen so geregelt werden, daß man unter Beachtung der erlassenen Unfallverhütungsvorschriften arbeiten kann. Wo die Schuhvorrichtungen der Maschine oder dem Apparat nicht angepaßt worden sind, müssen unsere Kollegen an ihrer Verbesserung mitarbeiten. Ferner wird dann im Bericht ausgeführt, daß die Propaganda durch Schrift und Bild sicher beim Sinken der Unfallzahl mitgewirkt habe. Besonders lobend wird anerkannt, daß auch die Fachverbände das Bestreben der Berufsgenossenschaften bei Durchführung des Unfallschutzes unterstützen.

Die Berufsgenossenschaft hat auch in diesem Jahre Mittel zur Verfügung gestellt, um diejenigen zu belohnen, die eine brauchbare Anregung zur Herstellung neuer und zweckdienlicher Schuhvorrichtungen gegeben haben, und für diejenigen, die sich bei der Verhütung oder bei Beseitigung der Unfallfolgen besonders ausgezeichnet haben. Daraus ersehen unsere Unfallvertrauensleute, daß die Berufsgenossenschaft aus dem Kreise der Versicherten gern Anregungen entgegennimmt, die dazu dienen können, den Unfallschutz an den Maschinen usw. zu verbessern. Alle unsere Kolleginnen und Kollegen ersuchen wir, dort, wo der Unfallschutz nicht praktisch ist, mit Vorschlägen zu seiner Abänderung an die Berufsgenossenschaft heranzutreten. Nur dann, wenn alle am Ausbau des Unfallschutzes mitarbeiten, kann die Unfallgefahr auf ein möglichst kleines Maß herabgedrückt werden. Auf die eingetretenen Unfälle kommen wir in einem nächsten Artikel zurück. E. Senkfeil.

### Frauenfragen.

An die Frauen unserer Kollegen.

Eine Betrachtung zum Kapitel: Verbandsbeitrag.

Die Arbeiterfrau hat die schwere Aufgabe, mit dem geringen Verdienst des Mannes — sofern sie nicht selbst hinzuverdienen kann — den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit bringen viele kaum fragbare Belastungen für die den Haushalt führende Frau mit sich. Deshalb ist es verständlich, wenn die Frau öfter ihren Mißmut und Unwillen zum Ausdruck bringt, wenn sie versucht, aus dem Elend heraus zu kommen und an allen möglichen und schließlich auch an den notwendigsten Ausgaben mehr und mehr sparen will. Für den Augenblick hat sie dann auch eine Genugtuung, wenn es ihr gelungen ist, hier und dort ein paar Pfennige einzusparen. Und darunter muß manchmal die Organisation leiden, weil der Beitrag für die Gewerkschaft von vielen Frauen als eine überflüssige Ausgabe angesehen wird. Häufig genug müssen wir sehen, daß die Frau des organisierten Kollegen nicht erkennen will, daß der Verbandsbeitrag eine Notwendigkeit ist, und zwar besonders in der heutigen Zeit. Manche Arbeiterfrau rechnet dem Verbandskassierer vor, was sie alles mit dem für Organisationsbeiträge angewandten Gelde anfangen könne; sie beachtet aber nicht, daß der Verdienst des Mannes viel geringer wäre, wenn es keine Organisationen gäbe und die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer dann auch keinerlei Widerstand fänden. Das Unternehmertum, überhaupt die ganze Kapitalistenklasse heinet zwar die menschliche Arbeitskraft aus und bestimmt Art und Tempo der Arbeit, aber eine bessere Entlohnung für geleistete Arbeit gibt es nicht von

Und die Arbeiterschaft kann nur als organisierte Masse erfolgreich kämpfen. Wie denken aber viele Arbeiterfrauen? —

Wir haben einen Lohnabbau auf der ganzen Linie erlebt. Am meisten haben die Frauen und Mütter darunter zu leiden. Was nützt da das Klagen und Jammern? Die es hören sollen, haben keine Ohren dafür und keine Augen für unsere Nöte. Und kommen wir denn weiter, wenn wir uns untereinander etwas vorklagen und schließlich das Vertrauen zu anderer Kraft, zur Kraft der Arbeiterklasse, verlieren? Oder gar die Schuldigen in unseren eigenen Reihen suchen? O nein! Wir müssen wissen, daß es im Wesen der privatkapitalistischen Wirtschaft, „Ordnung“ liegt, die Kosten für die falsche Wirtschaftsführung, für die Planlosigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft, durch die die Krise hauptsächlich verschuldet wurde, der Arbeiterschaft aufzubürden. Und deshalb müssen wir besser kämpfen lernen, wir alle, die Frau neben dem Manne, für eine bessere Welt, für bessere Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes, für gerechte Verteilung der Lasten. Und weil es in diesem Kampfe so unendlich viel auf die Einstellung der Frauen ankommt, ist es, besondere Aufklärungsarbeit unter den Frauen zu leisten.

Viele Frauen haben den Wert der Organisation nicht genügend erkannt. Es muß ihnen deshalb immer wieder gesagt werden, daß der Verband neben dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen seinen Mitgliedern Kranken-, Arbeitslosen- und Streikunterstützung, Umzugs- und Sterbegeld-, Invalidenunterstützung, Rechtsschutz bei Streitigkeiten, die aus dem Arbeitervertrag und aus der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung erwachsen, bietet. Außerdem wird in besonders dringenden Notfällen eine Kostlagenunterstützung gewährt. Infolge der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind die Ausgaben der Organisation im letzten Jahr beträchtlich gestiegen. Zugleich aber mußten sich die Einnahmen verringern, da die arbeitslosen Kollegen nur 10 Pf. Wochenbeitrag entrichten. Und ein Drittel unserer organisierten Kollegen und Kolleginnen zählt zum großen Heer der Arbeitslosen. Sollten wir da den Frauen der in Arbeit stehenden Kollegen nicht klar machen können, daß die Entrichtung des Verbandsbeitrages eine Lebensnotwendigkeit für die Organisation ist? Die Organisation ist wiederum eine Lebensnotwendigkeit auch für die Arbeiterfrauen. Der Mann kann arbeitslos werden und die Unterstützung des Verbandes benötigen. Und dann muß die Frau wissen, daß die Höhe der Unterstützung sich nicht nur nach der Dauer der Mitgliedschaft, sondern auch nach der Höhe der Beitragsleistung richtet. Die Unterstützungsätze sollen doch auch nicht zu gering sein. Außerdem muß doch der Verband kämpfen und Aufklärungsarbeit leisten können. Sollte da den Frauen nicht einleuchten, daß ein Sparen am Verbandsbeitrag durchaus nicht zweckmäßig ist? Und ist es wirklich wahr, daß es beim Wirtschaftsgeld der Hausfrau soviel ausmachen würde, wenn der Beitrag um 10 oder 20 Pf. dadurch niedriger würde, daß schließlich die eine oder die andere Ausgabe in der Gewerkschaft wegfallen sollte? Vergessen wir doch nicht, daß die gewerkschaftliche Organisation aufgebaut wurde auf dem Grundprinzip der gegenseitigen Hilfe. Vor allen Dingen: Die Frauen unserer Kollegen müssen unbedingt die Verbandszeitschriften lesen. Es läßt sich hier nicht alles aufzählen, was die Gewerkschaften schon geleistet haben und durch großen Arbeitsaufwand und zähen Kampf gerade jetzt in der ungeheuerlichen Notzeit für hilfsbedürftige Kollegen und Kolleginnen noch leisten. Auch läßt sich nicht bezweifeln, daß sie einen erbitterten Kampf um die Erhaltung des Arbeitsrechts und besonders der Tarifverträge führen. Und so viele Fragen dieser Art gibt es noch, über die sich ein Gewerkschaftler öfter mit seiner Frau aussprechen soll. Wir alle sollen aber mehr nach der Bedeutung der Arbeiterfrauen im proletarischen Kampfe fragen und entsprechende Schlüsse ziehen. Die Frauen müssen erkennen, daß sie in dem harten Ringen der Arbeiterschaft um die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Besserstellung ausschlaggebend sind. Sie werden dann auch mit helfen, das Heer der Organisierten zu stärken, indem sie ihre Männer, Söhne und Töchter aufzumuntern im gewerkschaftlichen Kampf. Denn je stärker die Gewerkschaften, um so erfolgreicher der Kampf, um so besser die Löhne, mit denen die Frauen in der Wirtschaft leben müssen. Anna Jammert.

### Jugendbewegung.

Arbeiterport und Jugendarbeit.

In großen Scharen ist im letzten Jahrzehnt die Jugend zum Sport geströmt. Mancher hat das bedauert, mancher stand dem verständnislos gegenüber. Und dennoch nützt es nichts, hier negativ oder gar ablehnend Stellung zu nehmen und immer wieder die Frage zu wälzen: Wie kann die Jugend dem Sportlichen abgewandt und der politischen Aufklärung und der gewerkschaftlichen Arbeit zugeführt werden? Die Triebkräfte in der Jugendentwicklung sind im wesentlichen von Gefühlsmomenten beeinflusst. Gefühlsmäßig kommt der Jugendliche vorerst in die Jugendgruppe, um sich unter Gleichaltrigen und Gleichgesinnten wohlzufühlen; gefühlsmäßig erfährt er vorerst die gesellschaftlichen Dinge; ein Ausdruck des Gefühlsmäßigen ist es auch, wenn er sich mit in erster Linie körperlich frei bewegen, frei austoben, die körperlichen Kräfte frei spielen lassen möchte. Warum man das früher nicht so bemerkte, wird man fragen. Nun, da spielte die gesellschaftliche Moral, die bürgerliche Kulturauffassung eine übergroße Rolle.

Zu einer Zeit, in der die Moralisten noch hinter jedem Sporttrikot, hinter jeder Badehose her schnäffelten, da mußte alles Körperliche unter einem gewissen Zwange leben. Der Körper ist ja noch heute frei für manche Kreise etwas „Sündiges“, dem man sich nicht frei gegenüberstellen kann, das man in gewissem Abstande betrachten, um nachher an das große Freiheits „Anstoß“ zu nehmen. Das ist leicht, aber wenig fair. Und die bürgerliche Welt hält sonst doch überaus viel auf diesen Begriff. Nach dem Zusammenbruch 1918 hat die Welle des Befreiungsgefühls auch in starkem Maße auf Geistiges, Seelisches, Gefühlsmäßiges übergegriffen. Wir sollten darüber nicht greinen, sondern nur Obacht geben, daß

auch der Körperkultur als Selbstzweck wird. Dann haben wir für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse nichts davon zu erwarten. Und diesem zu dienen, ist doch schließlich Aufgabe jeder Organisation der Arbeiterschaft, sei sie wirtschaftlich, politisch, kulturell oder sportlich betont.

Wenn wir somit feststellen dürfen, daß das sportliche Leben und das sportliche Interesse besonders in der Jugend nach dem Kriege einen gewaltigen Aufschwung genommen haben, so muß ein Gleiches von der Arbeitersportbewegung selbst gesagt werden. Gerade unter dem Einfluß der Jugend hat sie sich einer ganzen Reihe sportlicher Übungsarten angenommen, die bis dahin in Arbeiterportkreisen kaum bekannt oder gar direkt verpönt waren. Die Spielerpartei kann davon viel erzählen, und erwähnt sei nur, daß der weiße Sport — Tennis — lange Zeit als Domäne des bestehenden Bürgertums galt. Dazu kommen beträchtliche Fortschritte im Wandern, im Wassersport, in der Leichtathletik und auch in schwerathletischen Übungen, wie Fegen, Jiu-Jitsu und Artistik. Wesentliche Fortschritte machten ferner Gymnastik und Freikörperkultur, um von weiterem nicht mehr zu reden.

Was so von den verschiedenen Sportarten gilt, das kann im selben Sinne von der Kultivierung des sportlichen Lebens behauptet werden. Die erste „Sportinflation“ trug auch in die Reihen der Arbeiterschaft den gefährlichen Geist der Oberflächlichkeit. Nur-Sport, Rekordgeist und Höchstleistungen schienen sogar in die Arbeitersportbewegung einzudringen. Man war sich zum Mindesten in breiten Mitgliederschichten nicht immer der Verantwortung gegenüber der Klassenbewegung des Proletariats bewußt. Das hat sich glücklicherweise gewaltig geändert. Das Kampfsportproblem ist auf ein Mindestmaß der Wertungen herabgedrückt. Das Wesentlichste wurde die gemeinschaftliche Leistung, das Aneinander-Aufwachen der Gesamtheit. Gemeinschaftssport wurde das Ziel, und in diesem trafen sich selbst die einzelnen, bisher sehr getrennt arbeitenden Vereine einander recht nahe. Die Zusammenarbeit in den Sportkartellen und in der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege wurde sehr eng. Und von dorther kam dann die engere Verbindungnahme mit Partei, Gewerkschaften und Jugendverbänden. Besonders die Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen der Gewerkschaften und der Sozialistischen Arbeiter-Jugend hat sich gut bewährt. Daneben wurde auf internationalem Gebiet eine engere Verbindung zwischen Sozialistischer Jugendinternationale, Sozialistischer Erziehungs- und Sozialistischer Arbeitersportinternationale hergestellt.

Die Gemeinschaftsarbeit unter den verschiedenen sozialistischen Organisationen hat sich vor allem auf dem Gebiet der Festkultur als wertvoll erwiesen. Kein großes Gemeinschaftsfest, keine Parteifeier und Paradeemonstration, keine größere Jugendfeierstunde ist ohne zum mindesten sportlichen Einschlag denkbar. Sei es durch Massenfesteübungen, durch einzelne sportliche Darbietungen oder durch Bewegungsschore, überall kommt von dieser Grundlage des Sportlichen oder der Körperkultur das belebende Element. Und dabei sind die Darbietenden nicht etwa nur die Sportorganisationen, sondern auch in den Jugendverbänden selbst ist man zur Einschaltung von Sportstunden, Sportkursen und Sportveranstaltungen, zur Eröffnung von Sport- und Gymnastikgruppen übergegangen. Das ist eine notwendige Bereicherung des Arbeitsplanes, aber sie erfolgt — wo der Selbstzweck ausgeschaltet wird — immer auch zur Bereicherung und Anbahnung einer sozialistischen Kulturentwicklung. al.

### Rechtssprechu.

Wirtschaftskrise und „unbillige Härte“

Von G. Salomo (Hannover).

Erfreulicherweise hat den Landesarbeitsgericht Dresden den in dieser Frage eingenommenen Standpunkt (vgl. die im „Proletariat“ 1931 S. 3 veröffentlichte Abhandlung bzw. erfolgte Veröffentlichung der Entscheidung vom 24. Oktober 1930) aufrechterhalten. In der Zwischenzeit erfolgte eine Anerkennung dieser Rechtsgrundsätze auch vom Landesarbeitsgericht Dresden. Beide Gerichte bejahen ein Vorliegen der „unbilligen Härte“ im Sinne des § 84 Abs. 2 Ziff. 4 BRG, auch dann, wenn der Arbeitgeber von der Möglichkeit, die Arbeitszeit wenigstens etwas herabzusetzen, keinen Gebrauch macht. Soweit bekannt, ergabjen diese bezügliche Entscheidungen bereits unter Aktz.: 2 Arb. 932/30 — 2 Arb. 1109/30 — 2 Arb. 1404/30 sowie 2 Arb. 153/31. Insbesondere verdient die nachstehende Stelle des zuletzt angeführten Urteils vom 3. März 1931 sowie die hier unter II angeführte Bestätigung durch das Landesarbeitsgericht vom 14. April — 1 Arb. D. 47/31 — Beachtung:

„... Nun führt das Landesarbeitsgericht aber weiter aus (Urteil vom 6. Januar 1931 — 1 Arb. D. 301/30 Anmerk. d. Verf.), daß nach Aufhebung der Demobilisationsverordnung vom 12. Dezember 1920 es im allgemeinen dem Direktionsrecht des Arbeitgebers überlassen bleiben müsse, ob er bei Arbeitsmangel Kurzarbeit einführen oder Arbeiter entlassen will. Mansfeld geht in der Besprechung des Urteils vom 21. Oktober 1930 noch weiter, da nach seiner Auffassung die Maßnahmen des Arbeitgebers, die er zur rentablen Gestaltung des Betriebs trifft, der Nachprüfung weder durch die Betriebsvertretung noch durch das Gericht unterliegen. Dieses habe nur zu prüfen, ob ein Abbau der Grund der Kündigung gerade dieses Arbeitnehmers war, nicht aber, ob der Abbau selbst notwendig oder vermeidbar gewesen ist.

Dieser Einschränkung kann sich das Gericht nicht anschließen. Wohin das führen würde, zeigt gerade der der Entscheidung zugrundeliegende Fallbestand. Alsdann könnte der Arbeitgeber in seinem Betriebe 3. U. überstunden — soweit zulässig — von den Arbeitnehmern verrichten lassen, um Arbeitnehmer einzuparieren. Es ist bei der Anwendung der Bestimmung in § 84 BRG immer wieder auf seinen Zweck hinzuweisen. Sowohl Mansfeld wie Glawow und andere erblicken in dem Gesetze den Ausdruck des Willens, die Stelle des Arbeitnehmers zu festigen und ihm die Möglichkeit zu geben, mit dem Betriebe fester zu verwaschen, als Angehöriger und Mitglied desselben zu fühlen. Die Bestimmungen sollen, wie auch Herrschel in seinem Aufsatz in „Festschrift „Das Arbeitsrecht“ 33. Jg. Sp. 225 ff. u. a. ausführt, in das Arbeitsleben bringen. Dem ist bei der Entscheidung nicht nur dem Betriebe zur Entwicklung vorzuziehen, sondern der Betriebe dem Arbeitnehmer auch die materielle Grundlage seiner Existenz in für den Arbeitnehmer schwereren Zeiten bieten. Diese auf „rein sozialen Erwägungen“ (s. Mansfeld BRG S. 84 Anm. 4) bestehenden Ansätze sind aber zugleich mit einer Einengung des Betriebsleitungsrechts des Arbeitgebers verbunden. Er kann nicht mehr so frei über den Betrieb mit all den produktionsfaktoren verfügen, wie das vor Schließung des BRG der Fall war.

Arbeitgebers erst durch die vom erkennenden Gericht vorgenommene Auslegung beeinträchtigt worden ist. § 84 B.R.G. engst es vielmehr ausdrücklich ein. Besonders aus Ziff. 3 der angezogenen Bestimmung geht dies deutlich erkennbar hervor. Glanz führt z. B. in seinem Kommentar zum B.R.G. in § 84 Abs. 12 auch eine derartige Einschränkung auf das Direktionsrecht an in Gestalt der Umschulung des Arbeitnehmers oder seines Austausches in andere Abteilungen.

Es liegt also nach alledem im Rahmen des Gesetzes und seines Zweckes, wenn das Gericht auf Vorbringen des Klägers hin nachprüft, ob der Arbeitgeber durch Herbeiführung einer entsprechenden Änderung in der Arbeitszeit der Arbeitnehmer die Verhältnisse des Betriebs so gestalten kann, daß die Kündigung nicht notwendig wird (vgl. Urteil des Arbeitsgerichts Neugersdorf i. Sa. vom 11. Februar 1926, erwähnt in dem Jahrbuch für Arbeitsrecht 1926 S. 208).

II. An sich gehört es zum Direktionsrecht des Arbeitgebers, die Länge der Arbeitszeit in seinem Betrieb — selbstverständlich innerhalb des gesetzlichen Rahmens — zu bestimmen. Trotzdem kann unter Umständen in der Entlassung eines Arbeiters eine unbillige Härte im Sinne von § 84 Ziff. 4 des B.R.G. gefunden werden, wenn der Arbeitgeber bei Arbeitsmangel zu Entlassungen schreitet, obwohl er durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unter das gesetzlich zulässige Höchstmaß Entlassungen hätte vermeiden können. Dies hat zur Voraussetzung, daß eine Einschränkung der Arbeitszeit für den Arbeitgeber zumutbar ist, d. h., sie muß technisch ohne Schwierigkeit durchführbar sein, sie darf für den Arbeitgeber finanziell keine Mehrbelastung bringen, sie muß auch von dem Gruppenrat bei den Einigungsverhandlungen als möglich und durchführbar dem Arbeitgeber angeboten worden sein.

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle gegeben. In gleicher Linie liegt auch die im „Vorwärts“ vom 4. Juni 1931 (Morgenausgabe) auszugsweise veröffentlichte Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin (Datum und Aktenzeichen unbekannt):

Es ist aber in der gegenwärtigen Zeit größter Arbeitslosigkeit sozial zu mißbilligen, wenn ein Arbeitgeber, insbesondere aber eine Behörde als Arbeitgeber, bevor sie Kündigungen anspricht, nicht jedes Mittel prüft und, soweit es die Verhältnisse des Betriebs nur irgendwie ermöglichen, auch zur Anwendung bringt, um dem einzelnen Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz zu erhalten. Es kann sehr wohl die Möglichkeit bestehen, auch mit geringeren Geldmitteln die gleiche Anzahl von Arbeitnehmern weiterzubeschäftigen, wenn man die Arbeit in einer verkürzten Arbeitszeit unter entsprechender Kürzung der geldlichen Bezüge auf die einzelnen Arbeitnehmer verteilt, soweit dies nach der Art der zu leistenden Arbeit erfolgen kann. Werden trotzdem Kündigungen ausgesprochen, so sind diese sozial zu mißbilligen.

Die Anordnung einer Verkürzung der Arbeitszeit, die nicht nur durch eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, sondern auch durch den Fortfall einer ganzen Tageschicht von sechs Stunden erreicht werden kann, sowie die mit dieser Verkürzung verbundene Verteilung und Umeinteilung der Rempiere sind reine Organisationsfragen, die bei dieser Art von Arbeiten bei gutem Willen des Arbeitgebers ohne Schwierigkeiten gelöst werden können. Solange daher in dem Betriebe des Statistischen Reichsamts bei der Beschäftigung der Rechenmaschinen nicht von dem Mittel der Arbeitszeitverkürzung Gebrauch gemacht wird, kann die Kündigung von Rechenmaschinen nicht darauf gestützt werden, daß sie etwa durch die Verhältnisse des Betriebs bedingt sei.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

928 000 Unfälle in einem Jahr!

Die Unfallstatistik für das Jahr 1929 liegt vor. In 1 076 432 Betrieben mit 11 495 151 versicherten Personen sind im Jahre 1929 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 927 995 Unfälle vorgekommen, von denen 55 257 entschädigungspflichtig wurden und 4597 tödlich verliefen. Bei den vorgekommenen Unfällen ist eine Steigerung der Zahl um 3773 zu verzeichnen, während die Zahl der entschädigten Unfälle um 1212 und die Zahl der tödlichen Unfälle um 24 gefallen ist. Die meisten Unfälle verursachte der Transport. Es folgen: Fall von Personen von Leitern, Treppen usw., Unfälle an Arbeitsmaschinen und andere. Recht bemerkenswert ist die Zahl der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit, die sich vermehrt hat. Im Jahre 1929 waren hier rund 62 000 Unfälle zu verzeichnen. Davon waren 3248 entschädigungspflichtig und 599 tödlich. 13 v. H. aller tödlich verlaufenen Unfälle sind also auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle zu verzeichnen gewesen. Auch die Zahl der Unfälle, die man unter der Gruppe Berufskrankheiten zusammenfaßt, haben sehr wesentlich zugenommen. Die Zahl der tödlichen Fälle stieg hier vom Jahr 1928 bis 1929 von 143 auf 355. Wie bekannt, sind starke Fortschritte im Gange, die Unfallversicherung zu verbessern. Gerade die Statistik vom Jahre 1929 dürfte beweisen, wie sich die geplanten Verschlechterungen auswirken würden. Es muß deshalb mit aller Entschiedenheit gegen diesen Versuch angekämpft werden.

### Auswertung der Kriegsgrenze auf die Arbeitslosenunterstützung.

Nach § 112a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde auf Grund einer vom Reichshand der Arbeitsbeschäftigten letztendlich festgesetzten Bestimmung die auf einer Kriegsgrenzenbeschädigung beruhende Rente nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Durch die neue Novellierung ist diese Bestimmung beseitigt worden. Lediglich 15 Mk. von der monatlichen Rente sowie die Pflegezulage, die Jahreshundzulage und die Zulage zum Wohnen können nicht angerechnet. Im übrigen wird aber die Arbeitslosenunterstützung bei dem arbeitslosen Kriegsgrenzenbeschädigten und der erwerbsfähigen Kriegswitwe um den Rentenbetrag, soweit er 15 Mk. monatlich übersteigt, gekürzt. Wird zum Beispiel ein wehrtauglicher 30 Prozent erwerbsfähiger Kriegsgrenzenbeschädigter, der für zwei Kinder zu sorgen hat, arbeitslos, so wird von ihm von der vom 1. Juli an in der Ortsklasse B zu leistenden Rente von 37,50 Mk. 2,50 Mk. auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, so daß er bei einem Unterhaltungsbedarf von zum Beispiel 60 Mk. monatlich tatsächlich nur 17,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung im Monat kassieren erhält. Gegen den durch diese Kürzungsbestimmungen erzielte der Reichshand der Arbeitsbeschäftigten schärftest Protest. Er ist bereits an die Fraktionen des Deutschen Reichstages mit dem Ersuchen um baldige Änderung der unzulässigen rigorosen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung herangetragen.

### Allgemeiner Vortrag über neuere Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene in Bonn.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltete vom 1. bis 4. Juli in Bonn einen allgemeinen Vortragstag über neuere Fragen der Arbeits- und Gewerbehygiene. Die Vorträge behandelten u. a. allgemeine Grundzüge und neuere Forschungs-ergebnisse auf dem Gebiete der Gewerbehygiene, Arbeitsphysiologie und Unfallverhütung, Fragen der gewerblichen Gifte und des gewerblichen Staubes, Aufgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gewerblich-gesundheitlichem Gebiete, Berufsgenossenschaften und die Bedeutung der gewerblichen Gifte und des gewerblichen Staubes. Der Vortrag wendet sich an alle Kräfte, die in Wissenschaft und Praxis an Fragen des gewerblich-gesundheitlichen Arbeitsschutzes interessiert sind.

Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. Main, Pfalz der Republik 49.

### Verbandstagsdiskussion.

Unser Rechtschutz.

Eine wichtige Waffe der Gewerkschaften ist der Rechtschutz. In unserer Organisation wird dem Gebrauch dieser Waffe besondere Aufmerksamkeit geschenkt und der § 21 des Statuts stellt im erschöpfenden Maße dar, wann die Mitglieder sich des Rechtschutzes bedienen dürfen, nicht nur bei rein arbeitsrechtlichen Streitfällen, also solchen, die im Arbeitsverhältnis entstanden sind, sondern auch bei solchen Streitfällen, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses entstehen, als da sind: Streit aus der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung. Unter den Verbandstagsanträgen ist zu § 21 ein Antrag Gera enthalten, der auf eine Verschärfung zur Anwendung unseres Rechtschutzes hinausläuft.

Jedes unserer Mitglieder findet bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis den Weg zur Zahlstellenverwaltung. Doch nur eine Minderheit von Mitgliedern schenkt ihre Aufmerksamkeit unserer Rechtschutzbestimmung, wenn Streit aus der Sozialversicherung vorliegt. Entweder läßt man Berufungsverfahren aus der Invaliden-, Unfall-, Krankenversicherung ohne jede fremde Hilfe und unbekümmert um Verfahrensvorschriften laufen, oder die Mitglieder gehen statt zum gewerkschaftlichen Arzt zum gewerkschafts-fremden oder indifferenten Kurpfuscher. Ist dann die Berufung todeswund, dann bestimt sich das Mitglied auf unseren § 21. In der Regel hat aber bis dahin der „Winkeladvokat“ den Streit so verhandelt, daß kaum noch ein obliegendes Urteil zugunsten des Mitgliedes zu erreichen ist. Das ist die eine Kategorie von Kollegen, die über jede Vertretung und Sachwahrung ihrer Ansprüche teils aus Überheblichkeit, teils aus Unkenntnis, erhaben sind. Die andere Gruppe von Mitgliedern läuft zu den oben bezeichneten Kurpfuschern. Es gibt fogena. „Kettnerorganisationen“, „neutrale, wilde und auch kommunistische“. Keine dieser Organisationen verfügt über den ausgedehnten Rechtschutz wie unser Verband.

Von solchen unsachlichen „Auchvertretern“ werden Rechtsansprüche der Gewerkschaftsmitglieder und auch anderer Kolleginnen und Kollegen zertreten. Die Zahl der Fälle bei den verschiedenen Sprachinsanzen und die Statistiken der Arbeitersekretariate und der Gewerkschaften über die wahrgenommenen Fälle stehen zueinander in einem auffallenden Mißverhältnis. Vor etwa zwei Jahren hatte ich den Jahresbericht des thüringischen Oberverwaltungsamtes kritisch beleuchtet und dabei die Feststellung machen können, daß mehr als drei Viertel der anhängig gemachten Sachen zugunsten der Versicherten ausgefallen sind, nicht immer, weil der Streit an sich aussichtslos war, sondern weil die Ausschöpfung der Beweismittel und der Verfahrensvorschriften ungenügend war.

Wir haben als wirtschaftliche Organisation ein sehr starkes Interesse, unseren Mitgliedern nicht nur mit Rat und Tat im Arbeitsverhältnis zur Seite zu stehen, sondern wir wollen ihnen auch helfen, wenn sie krank, invalid sind oder einen Unfall erleiden. Dazu ist es aber notwendig, daß die Mitglieder stärker verpflichtet werden, unsere vorhandenen Einrichtungen zu gebrauchen. Der Antrag Gera bezweckt dies sogar im spezialisierten Maße. Die Ansprüche, Berufungen, Revisionen und Rekurse müssen an unsere Rechtsabteilung geleistet werden, gleichzeitig wird damit auch eine Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die gesamte Sozialversicherungsrechtspflege gewonnen. Seit der zweiten Verordnung über die Ausdehnung der Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten (für die Porzellanindustrie Silikose = Stäublung) v. 12. 2. 29 sind in Thüringen eine große Anzahl alter Kollegen beschädigt worden, weil sie unseren Rechtschutz nicht in Anspruch nahmen. Sie waren daher nur auf das versicherungsmäßige Gutachten, das von der Berufsgerichtskommission (ihrem Prozeßgegner) bezahlt wird, angewiesen. In anderen Teilen des Reiches dürften ähnliche Erfahrungen gesammelt worden sein. Daher ist es nötig, verpflichtende Bestimmungen in unserem § 21 des Statuts aufzunehmen und gleichzeitig zu sagen, welche gewerkschaftliche Stelle Sozialrechtsansprüche wahrzunehmen hat. Wenn können unsere Mitglieder die Beiträge für andere Kettnerorganisationen sparen und ihren Verbandsbeitrag entsprechend nach oben hin revidieren, denn ihr Verband ist ihre alleinige Interessvertretung in allen Lebenslagen.

W. Martin (Gera).

### Zu den Kürzungen der Unterhaltungen.

Selb. Entschädigung. Die am 2. Juni 1931 tagende auf beschlechte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Selb des Fabrikarbeiterverbandes behandelte unter anderem auch die Anträge zum Verbandstag in München. Die versammelten Kollegen und Kolleginnen erkennen an, daß der Verband der Fabrikarbeiter in dieser Wirtschaftskrise Großes geleistet hat und zur Überwindung der Krise noch Großes leisten wird. Es ist daher dringend erforderlich, der Hauptkassa die notwendigen Mittel zuzuführen. Trotzdem kann die Versammlung nicht für die Anträge des Hauptvorstandes eintreten, da dieselben eine ganz wesentliche Unterhaltungskürzung bringen würden. Die Mitglieder können es nicht verstehen, daß man wieder einen ganz enormen Abstrich an den Unterhaltungsstellen vornehmen will. Dadurch würde den Funktionen jede Agitationsmöglichkeit genommen. Die Versammlung erkennt an, daß es Pflicht des Hauptvorstandes ist, für geordnete Finanzen zu sorgen; sie sind deshalb bereit, gemeinsam mit dem Hauptvorstand Wege zu suchen zur Finanzierung der Verbandskasse. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß in der jetzigen schweren Zeit an Unterhaltungserschöpfung nicht gedacht werden kann. Aber auch der Hauptvorstand müßte alles versuchen, daß gerade in der jetzigen Zeit die Unterhaltungs- und Beitragsläge des Hamburger Verbandstages behebbar werden. Auch wäre zu prüfen, ob für die invaliden Mitglieder an Stelle des 10-Pfennig-Beitrages ein prozentualer Beitrag eingeführt werden könnte, denn eine solche Beitragsregelung würde von den Mitgliedern viel besser verstanden werden als eine Kürzung der Unterhaltungsstelle.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Celle. Sieg der Vernunft. Seit einigen Monaten war die Firma Hoffmann & Steinberg in Celle bestrahlt, in ihren Betrieben eine Betriebskrankenkasse aufzuziehen. An Bearbeitung der Belegschaft hat es in dieser Zeit nicht gefehlt, mit allen Mitteln machte man den Arbeitern klarzumachen, daß eine Betriebskrankenkasse wesentlich besser sei als eine leistungsfähige Ortskrankenkasse. Unter anderem ließ man einen Herrn Hoffmann, Angestellter bei der Hachezial-A.G., Hannover, als Referent nach Celle kommen. Dieser Herr hat sich auch rechtliche Nähe gegeben, die Wünsche seines Auftraggebers gewissenhaft zu erfüllen. Interessant dabei war allerdings, daß Herr Hoffmann, der hier so warm für die Segnungen einer Betriebskrankenkasse eintrat, seiner eigenen Betriebskrankenkasse bei Hachezial nicht angehört. Er begründete das damit, daß er der Erbschaft, welcher er angehört, nicht antret werden wollte. Dabei versuchte er aber die Arbeitserschaft von Hoffmann & Steinberg zum Trennbruch gegen die Ortskrankenkassen zu verleiten! Es hat aber alles nichts genutzt. Bei der am Sonntag, dem 7. Juni, erfolgten Abstimmung der Belegschaft über die Errichtung einer Betriebskrankenkasse bei Hoffmann & Steinberg stimmten 280 Arbeiter gegen die Errichtung. Es waren dafür und 3 wackler „Kof-Front“ errichtet. Die notwendigen 51 Prozent Ja-Stimmen sind also nicht nur nicht erreicht, sondern die Belegschaft hat mit überwältigender Mehrheit die reaktionären Bestrebungen abgelehnt. — Ein Bravo der Arbeitserschaft, die unter Führung des Verbandes der Fabrikarbeiter gezeigt hat, daß sie zu kämpfen versteht. Weiter so im Kampf für die Entzogenheit der Arbeiterklasse!

Obersieben. Jubilarehrung. Am 3. Juni 1931 fand in einer gut besuchten Mitgliederversammlung die Jubilarehrung für

neben unserer Kollegen statt, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken konnten. Es sind dies die Kollegen Wilhelm Becker, Bernhard Herrmann, Franz Adershold, Otto Rustenbach, Albert Metz, Otto Hoffmann und Fritz Heine mann. Die Glückwünsche des Gau- und des Hauptvorstandes überbrachte Gauleiter Kollege Tolkki (Magdeburg). In seiner eindrucksvollen Rede schilderte er Entwicklung und Aufstieg des Verbandes, die Kämpfe um die Rechte der Arbeitserschaft und die sozialen Einrichtungen innerhalb unseres Verbandes. Er hob hervor, daß dies alles durch die Treue und Aufopferung unserer Mitglieder möglich war. Er erinnerte daran, daß es eine Zeit gab, in der Mut dazu gehörte, Verbandsmitglied zu sein, und schloß seine Rede mit der Ermahnung, daß auch die jungen Kollegen unseren Jubilaren in ihrer Treue zum Verbands nachzueifern sollten, denn die gegenwärtigen Kämpfe um die Erhaltung der bereits errungenen Rechte und um die Verbesserung der Lage der Arbeitserschaft machen ein festes Zusammenhalten notwendig. Hierauf überreichte Kollege Tolkki im Namen des Hauptvorstandes den Jubilaren die schönen Gedenkkunden. Kollegin Ostmann übermittelte die Glückwünsche der Zahlstelle und überreichte den Jubilaren als Anerkennung für ihre Treue ein kleines Geschenk. Kollege Herrmann dankte im Namen der Jubilare für die ihnen zuteilgewordene Ehrung und betonte, daß sie ja nur ihre Pflicht getan hätten, der sich eigentlich jeder Arbeiter bewußt sein müßte. Inse Kampfs um die soziale Besserstellung des arbeitenden Volkes muß von jedem Arbeiter erkannt und unterstützt werden.

Prißwahl. Ein kollegialer Arbeitgeber. Der Arbeitgeber Herr Stamer, mehrfacher Ziegeleibesitzer, ließ einen schönen Tages die bei ihm beschäftigt gewesene Dienkolonne z. sich kommen und erklärte ihr: „Der Akkordlohn ist fro: 12 1/2 Prozent Abbau zu hoch; wir wollen selbst einen Lohnvertrag abschließen.“ Nach längerem Reden einigte man sich schließlich auf etwa 28 Prozent Lohnabbau. Dieser Vertrag ist dann auch von sieben der elf Mann starken Kolonne unterschrieben worden, auf Grund der Bekannmachung des Herrn Stamer kommt keine Einigung zustande, dann lasse ich meinen Betrieb in diesem Jahre nicht arbeiten. Ist das nicht eine Skrupellosigkeit sonstgleichem? Der Wunsch dieses Herrn Stamer (aber nicht etwa dessen Wunsch allein, sondern aller Unternehmer) ist: die Diktatur bei Festsetzung von Lohn und Arbeitszeit. Wer sich nicht fügt, der fliegt. Mügen sie verrecken. — Kollegen! Ihr seht, wohin uns diese Mitbestimmung der verheißungsvollen Dritten Reiches führen. Deshalb rufe ich allen Anhängern und Unorganisierten auf: neue zu: Heraus aus dem feindlichen Lager der Stahlhelmer, Nationalsozialisten und Kommunisten und hinein in die freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands! Eine andere Interessenvertretung, wirtschaftlich sowohl wie politisch, gibt es nicht für einen überzeugten, klassenbewußten Arbeiter. Denn die Stahlhelmer und Nationalsozialisten sowie die Kommunisten sind die Henkersknechte des Kapitals gegen die Arbeiter.

### Rundschau.

Sozialistische Schulungskurse. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in Verbindung mit den Bezirksbildungsausschüssen Schulungskurse, die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter fachkundiger Leitung sich in ein bestimmtes Fragengebiet zu vertiefen. Die Kurse finden in schön gelegenen Heimen statt, die den Teilnehmern auch Möglichkeit zur körperlichen Erholung bieten. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft sind so niedrig wie möglich berechnet. Die Teilnehmergebühr beträgt für jeden Kursus 5 Mark. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das sozialdemokratische Parteisekretariat des betreffenden Bezirks oder an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

### Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen. wurde gemäß § 14 Ziffer 3a und 3d in Verbindung mit § 5 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Weißwasser: Edmund Greiner, Mügl.-Nr. 830 785.

### Zahlstelle Radeberg (Sachsen).

Das Büro befindet sich jetzt Mühlstraße 10. [1,50 Mk.]

### Literarisches.

Bericht des Direktors Albert Thomas an die 15. Internationale Arbeitskonferenz (Genf 1931). 98 Seiten Groß-8vo, Preis 4 Mark. Der Bericht des Direktors an die Internationale Arbeitskonferenz erscheint in diesem Jahr in etwas veränderter Form. Er befaßt sich mit der Berichterstattung über die Tätigkeit der internationalen Arbeitsorganisation, während die Unterlagen über den Stand der Sozialpolitik in der Welt in einem besonderen „Jahrbuch der internationalen Sozialpolitik“ erscheinen werden. Der Bericht des Direktors zeigt in seinem ersten Abschnitt die Ergebnisse der internationalen Sozialpolitik im Jahre 1930, die Ergebnisse der Realisationen, die Einwirkung der Krise in der internationalen Arbeitsorganisation. Der zweite Abschnitt zeigt das Ausmaß der Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und die Möglichkeiten zu ihrer Abhilfe, während im dritten Abschnitt die unmittelbaren Möglichkeiten der internationalen Arbeitsorganisation gegen die Arbeitslosigkeit behandelt werden. Im Rahmen des Arbeitslosenproblems behandelt der vierte Abschnitt die Frage der Arbeitszeit und der Löhne. Der Bericht kann durch den Anhang oder unmittelbar von der Abteilung für Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes, Berlin NW 40, bezogen werden.

Ein Dammier-Gesetz hat die Bädergilde Osterberg, Berlin, herausgebracht. Den Inhalt dazu gibt das von Erich Knaut geschriebene, reich illustrierte Buch „Dammier“, das die Bädergilde Osterberg demnach als Prämie für die Werbung von zwei Mitgliedern herausbringt. Die Bädergilde Osterberg gibt ihre Monatszeitschrift kostenlos an ihre Mitglieder ab.

Wegweiser durch die Krankenkassenorganisation. Neue Auflage. 39 Seiten Groß-8vo, Preis 2 Pf. Bei: Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen n. b. S. Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 157. Die Krankenkassenorganisationen sind durch den Wegweiser durch die Krankenkassenorganisationen herausgegeben. Darin sind in leicht verständlicher Form alle für den Laien gebrauchsfähigen die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen dargestellt. Das preiswerte Heftchen über alle Dinge der Krankenkassenorganisation einfach und maßgeblich unterrichtet, ist für jeden Arbeitnehmer unentbehrlich.

Fritz Sarnow: Kapitalistische Wirtschaftsordnung und Arbeiterrechte. Referat und Replika auf dem Leipziger Parteitag der SPD. am 1. Juni 1931. Seite 1. S. W. Diez, Berlin. Preis 20 Pf. Umfang 32 Seiten. Es handelt sich um den Problemen in Sarnows Referat um die Lebens- und Existenzfrage des deutschen Volkes und insbesondere der deutschen Arbeitererschaft. Deshalb muß die Frage besondere Beachtung finden. Sie bietet reichhaltiges Material im Kampf um die Befreiung der Massen. Und keiner, der das Referat Sarnows auf sich wirken läßt, wird sich seiner Schlußfolgerung entziehen können: „Hinterweg mit dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung!“

Für eine Mark — ein kleines Lexikon, auf 88 Seiten. Eine Unmenge von Angaben findet man hier, die für das tägliche Leben von Wichtigkeit sind: die verschiedenen Zedernarten, Multiplikations-, Zinseszins-, Renten-, Amortisations-tabelle, Algebra, Geometrie, Dimensionen, Astronomisches, Gerichtsgebühren, Redaktions-, Gemische Formeln, Steuern und die Sozialversicherungen (Ank. Kranken-, Invaliden-, Arbeitslosen-, Angestellten-, Hinterbliebenenversicherung) und das alles auf Grund der letzten Gesetze und Novellierungen bearbeitet! Ein viertes anderes. Ein praktisches Jubilarehrungserleichter noch sehr die Beauty der Tabellen. Preis 1 Mk. Verlag Gebrüder Jandke, Hannover.



## Chemische Industrie

### Reichsknappschaff und Notverordnung

Mit dem 5. Teil der Notverordnung vom 6. Juni 1931 wird auch die knappschaffliche Versorgung einer Neuordnung unterzogen. Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Pensionsversicherung überweist das Reich der Reichsknappschaff im Rechnungsjahre 1931 den Betrag von 58 Millionen Reichsmark. Außerdem erhält die Arbeiterpensionskasse der Knappschaff ebenfalls aus Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung, die nach dem Gesetz über Zolländerungen vom 17. August 1925 der Invalidenversicherung auslösen, den Betrag von 12 Millionen Reichsmark. Insgesamt werden also der Reichsknappschaff 70 Millionen Reichsmark vom Reich zur Verfügung gestellt. Da der jährliche Fehlbetrag aber ungefähr 100 Millionen Reichsmark beträgt, muß die Reichsknappschaff nach § 1 der Verordnung spätestens mit Wirkung vom 1. Juli 1931 an durch Satzungsänderungen die Leistungen der Pensionskasse vermindern, um ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Der Betrag von 70 Millionen Reichsmark wird nur unter der Voraussetzung gegeben, daß der reffliche Fehlbetrag durch Satzungsänderung beseitigt wird. Der vorgeschriebene Leistungsabbau braucht nicht einheitlich, sondern er kann nach Bezirken, nach der Art des Bergbaus und der Beschäftigung, nach der Zeit der Entstehung der Renten oder mit Rücksicht auf die Höhe der Beiträge und Leistungen vor dem 1. Januar 1924, verschiedenlich durchgeführt werden.

Eine Hauptversammlung der Reichsknappschaff ist für den 19. Juni 1931 vorgesehen. Am 12. Juni will der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums in einer außerordentlichen Vorstandssitzung der Reichsknappschaff über die durchzuführenden Maßnahmen Mitteilung machen und dieselben auch begründen.

Der Mitteilung des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums sehen wir mit großem Interesse entgegen. Wir werden uns dann wohl näher mit diesen Dingen zu beschäftigen haben. Das eine kann jedoch heute schon gesagt werden: Die Anordnungen durch die Notverordnung sind so ungeheuerlich und die Befragungen so außerordentlich stark, daß selbst die begeisterten Anhänger der Knappschaff kein Interesse mehr für diesen Zweig der Sozialversicherung haben werden.

## Papier-Industrie

### Die Papiererzeugungsindustrie im Rahmen einer deutsch-österreichischen Zollunion.

Von G. Stähler (Hannover).

Am 19. März 1931 wurde zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung ein Vorvertrag zum Zwecke einer Zollunion zwischen beiden Staaten abgeschlossen. Der Gedanke dieses Vertrages ist eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten herbeizuführen. Obwohl die Zollverwaltungen beider Staaten ihre Selbständigkeit behalten, steht der Vertrag vor, daß an den Außengrenzen beider Länder die gleichen Zollsätze gelten, während im inneren Warenverkehr beider Staaten die Ein- und Ausfuhrzölle aufgehoben werden. Für bestimmte Warensorten können im Rahmen einer gewissen Übergangszeit Zwischenzölle vereinbart werden.

Die folgenden Ausführungen haben den Zweck, die Entwicklung der Papiererzeugungsindustrie in den beiden, an dem Vorvertrag beteiligten Staaten einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen.

Die Erzeugung der deutschen und der österreichischen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie gestaltete sich in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

Produktion an	Deutschland		Österreich	
	1929	1930	1929	1930
Papier	2 128 000	1 969 000	229 550	210 060
Zellstoff	1 204 000	1 175 200	224 450	213 460
Holzstoff	851 600	830 300	104 110	103 470
Pappe	490 000	405 000	54 360	59 020

Durch das Niederreißen der Zollgrenzen bestände theoretisch die Möglichkeit, daß die österreichische Papiererzeugungsindustrie auf dem deutschen Markte vollen Absatz für ihre Produktion fände. Praktisch ist dieses kaum möglich, da auch bisher die österreichische Papiererzeugungsindustrie ihren Produktionsüberschuß außer in Deutschland auch in andern Staaten absetzte.

Gemessen an der deutschen Produktion, erzeugte Österreich im Jahre 1929 10,9 und 1930 10,8 Prozent der deutschen Papiererzeugung. An der deutschen Zellstoffproduktion gemessen, beträgt die österreichische Produktion 1929 18,4 und 1930 18,2 Prozent. Im Vergleich zur deutschen Holzstoffproduktion erzeugte Österreich 1929 12,2 und 1930 12,4 Prozent. In der Pappenproduktion betrug der österreichische Anteil, gemessen an der deutschen Erzeugung, 1929 12,7 und 1930 14,6 Prozent.

Die Produktion dieser letzten beiden Jahre stellt weder in Deutschland noch in Österreich die zur Zeit mögliche Produktionsleistung dar. Bei voller Ausnutzung der Betriebe dürfte es der deutschen Papiererzeugungsindustrie heute schon möglich sein, die bisher in Österreich erzielte Produktion mit herauszuarbeiten. Daraus ergibt sich, daß bei voller Ausnutzung der Betriebe die Produktion beider Staaten noch um annähernd 20 Prozent gesteigert werden könnte. Diese Frage ist aber wichtig bei der Beurteilung der Ausfuhr.

Die Ausfuhr beider Staaten betrug in den letzten beiden Jahren:

Ausfuhr an	Deutschland		Österreich	
	1929	1930	1929	1930
Papier	393 007	330 348	111 021	103 179
Pappe	80 599	96 849	35 908	29 904
Zellstoff	273 981	296 048	112 630	117 072
Holzstoff	8 231	5 063		

Gemessen an der Produktion führten beide Staaten in beiden Jahren aus:

Ausfuhr an	Deutschland		Österreich	
	1929	1930	1929	1930
Papier	18,7	16,8	48,3	49,1
Pappe	16,7	23,9	66,0	50,7
Zellstoff	13,5	15,0	34,3	37,2

Daraus ergibt sich, daß die österreichische Papiererzeugungsindustrie in weit höherem Maße auf die Ausfuhr angewiesen ist, als die deutsche. Während bei voller Produktionsausnutzung der Betriebe die deutsche Papiererzeugungsindustrie mindestens 25 Prozent ihrer Produktion auf dem Weltmarkte absetzen muß, ist die österreichische Papiererzeugungsindustrie, ebenfalls bei voller Ausnutzung der Betriebe, gezwungen, rund 50 Prozent ihrer Produktion im Auslande abzusetzen. In dieser Laage braucht nicht unbedingt eine Gefährdung der deutschen Papiererzeugungsindustrie

zu liegen, wenn die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich verwirklicht und weiterhin bestehen wird, sich seine bisherigen Absatzgebiete außerhalb der deutsch-österreichischen Grenzen zu erhalten.

Die Einfuhr von Produkten der Papiererzeugungsindustrie in beiden Staaten betrug:

Einfuhr an	Deutschland		Österreich	
	1929	1930	1929	1930
Papier	16 830	20 861	6068	6268
Pappe	14 564	14 197	4236	4258
Zellstoff	159 542	143 826	5874	1992
Holzstoff	4 883	850		



Bei solcher Verbrennung nur eine Brandbinde!

Bestell Nr. 3674 Unfallverhütungsbild G.m.b.H. Verb. d. Dtsch. Berufsge nossenschaft, Berlin W 9

### Galliche Behandlung verschlimmert das Abf.

An jeder Arbeitsstelle muß entsprechend den Vorschriften der Berufsgenossenschaften eine Einrichtung für „Erste Hilfe“ vorhanden sein. In größeren Werken ist es meistens eine Sanitätsstube, in mittleren und kleinen Betrieben muß aber wenigstens ein Verbandkasten sein. In jedem vorchriftsmäßigen Verbandkasten befindet sich auch eine Brandbinde. Die richtige Anwendung dieser Brandbinde ist für den Verbrannten eine Wohltat, denn die in solcher Brandbinde enthaltenen Stoffe lindern augenblicklich die fürchterlichen Schmerzen, ja, lassen sie meist binnen kurzem völlig verschwinden. Außerdem verhindern sie die Verunreinigung der Brandwunde. Auch in jedem Haushalt, jeder Schule, jedem öffentlichen Gebäude sollten Verbandkästen in der von den Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen Zusammenstellung vorhanden sein.

Gemessen an der Produktion führten beide Staaten in den letzten beiden Jahren in v. S. ihrer Erzeugung ein:

Einfuhr an	Deutschland		Österreich	
	1929	1930	1929	1930
Papier	0,8	1,1	2,8	2,0
Pappe	3,4	3,5	7,8	7,2
Papierstoff	8,0	7,2	1,6	0,6

Aus diesen Prozentzahlen ergibt sich, daß, gemessen an der Erzeugung, die österreichische Einfuhr an Papier und Pappe die deutsche Einfuhr an Papierstoff und hieron wiederum in erster Linie von Zellstoff fast siebenmal bis achtmal so hoch wie die österreichische Papierstoffeinfuhr.

In diesem Zusammenhang interessiert deshalb auch in weit stärkerem Maße der gegenseitige Austausch von Erzeugnissen der Papiererzeugungsindustrie zwischen Deutschland und Österreich. Dieser Teil des deutsch-österreichischen Außenhandels gestaltete sich in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

Einfuhr von	Deutschland		Österreich	
	1929	1930	1929	1930
Papier	3083	2794	130	61
Pappe	1200	1558	774	494
Zellstoff	1636	1053	6321	10 944
Holzstoff	—	—	378	63
Lampen	2480	3285	2148	116
Altpapier	3579	4460	—	—

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Einfuhr von Papier und Pappe sowie von Lampen und Altpapier von Deutschland nach Österreich die umgekehrte Einfuhr dieser Produkte aus Österreich nach Deutschland ganz erheblich übersteigt. Auf der anderen Seite aber ist die österreichische Zellstoffeinfuhr nach Deutschland wesentlich höher; sie übersteigt im Jahre 1930 das Sechsfache der Zellstoffeinfuhr Deutschlands nach Österreich.

### Verbrauch je Kopf der Bevölkerung.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß beide Staaten in ganz erheblichem Maße — dabei Österreich doppelt so stark wie Deutschland — darauf angewiesen sind, ihre überschüssige Produktion auf dem Weltmarkte abzusetzen. Eng zusammen mit dieser Frage hängt natürlich auch die Laage des Verbrauchs im Inlande. Der Verbrauch an Papier und Pappe auf den Kopf der Bevölkerung betrug in den letzten drei Jahren in beiden Staaten:

Jahr	Deutschland		Österreich	
	Papier	Pappe	Papier	Pappe
1928	26,2	6,1	20,61	2,09
1929	27,7	5,8	21,87	3,41
1930	26,2	5,0	21,64	4,83

Die Zusammenstellung zeigt zunächst, daß in den letzten beiden Jahren der Papierverbrauch je Kopf der Bevölkerung in beiden Staaten zurückgegangen ist, und zwar um 2 Kilogramm in Deutschland, dagegen nur um 1 Kilogramm in Österreich. Während in Deutschland seit 1928 auf den Kopf der Bevölkerung der Pappenverbrauch ebenfalls um 1 Kilogramm gesunken ist, ist er in Österreich um über 2 Kilogramm gestiegen.

Die Gegenüberstellung dieser Verbrauchszahlen in beiden Staaten beweist aber andererseits, daß der Verbrauch an Papier in Österreich immerhin noch ganz nennenswert hinter dem deutschen Verbrauch je Kopf der Bevölkerung zurückbleibt. Der Pappenverbrauch war im Jahre 1930 in beiden Staaten ziemlich der gleiche. Während sich aber der Pappenverbrauch mehr auf Industrieerzeugnisse beschränkt, ist der Papierverbrauch immerhin ein gewisser Anhaltspunkt für den kulturellen Wohlstand eines Volkes. Damit aber wird er gleichzeitig zum Problem der Einkommensfrage und für die Arbeiterchaft und die sonstigen Arbeitnehmer zur Frage ihrer Lohngestaltung. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wäre auch im Zeichen einer wirtschaftlichen Einnäherung eine höhere Gestaltung der Papierarbeiterlöhne in Österreich im Interesse der deutschen Papierarbeiter begründenswert.

### Papierholzeinfuhr.

Eine weitere Frage im Rahmen einer deutsch-österreichischen Zollunion bildet die Frage der Beschaffung des von der Papiererzeugungsindustrie beider Staaten benötigten Papierholzes. Während Österreich seinen Papierholzbedarf nicht nur vollkommen decken kann, sondern sogar noch in der Lage ist, Papierholz auszuführen, befindet sich Deutschland umgekehrt in der Zwangslage, einen großen Teil seines Papierholzbedarfes — mindestens bis zu 70 Prozent — aus dem Auslande zu decken. Hier liegt im Rahmen einer deutsch-österreichischen Zollunion der Gedanke nahe, inwieweit Österreich dabei in der Lage ist, sich an der deutschen Papierholzeinfuhr zu beteiligen.

Da Papierholz bisher schon in Deutschland zollfrei eingeführt wurde, gibt die Statistik über die Papierholzeinfuhr nach Deutschland dazu immerhin einen gewissen Anhaltspunkt.

Die deutsche Papierholzeinfuhr gestaltete sich in den letzten fünf Jahren folgendermaßen:

Jahr	in Tonnen		in Raummetern	
	1926	1927	1926	1927
1926	1 833 257	1 111 476	4 368 151	4 569 313
1927	2 259 078	2 535 872	5 376 606	6 030 615
1928	2 110 593		5 023 211	

In den letzten beiden Jahren waren an dieser Einfuhr beteiligt:

Länder	1929		1930	
	Tonnen	Raummetern	Tonnen	Raummetern
Finnland	908 581	576 697	576 508	525 716
Schweden	576 697	525 568	265 654	182 024
Polen	173 698	143 383	110 597	55 997
Estland	77 837	56 500	96 035	22 861
Letland	15 181	2 470	940	
Andere Staaten	2 470	940		

Insgesamt 2 533 872 2 110 594

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß Österreich im Jahre 1929 mit 2,2 v. S. und 1930 mit 4,5 v. S. an der deutschen Papierholzeinfuhr beteiligt war. Da das Papierholz schon bisher in Deutschland zollfrei eingeführt wurde, im allgemeinen die Papierholz liefernden Länder auch von der Erhebung eines Ausfuhrzölles ablassen, so ergibt sich daraus, daß auch die Errichtung einer deutsch-österreichischen Zollunion in der Papierholzeinfuhr von österreichischer Seite aus kaum eine nennenswerte Erleichterung bringen würde.

### Die Lohnfrage.

Sowohl vom Standpunkt der Produktion als auch des Außenhandels aus betrachtet, brauchte die deutsche Papierarbeiterchaft gegen das Zustandekommen einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich keine Bedenken zu haben. Leider kann die Frage nicht im gleichen Maße optimistisch beantwortet werden, wenn man sie von der Lohnseite aus ansieht. Hier dürften immerhin einige leichte Bedenken erhoben werden.

Nach Mitteilungen des Lohntechnischen Büros des Hauptverbandes der österreichischen Industrie gestalteten sich Ende Dezember 1930 die Papierarbeiterlöhne in Österreich folgendermaßen:

Stellen- und Anstellungsverhältnisse	Jahreslohn		Qualifizierter Hilfsarbeiter		Unqualifizierter Hilfsarbeiter		Arbeitslosen	
	Gr.	APf.	Gr.	APf.	Gr.	APf.	Gr.	APf.
Papierarbeiten	93-108	53-63	82-91	48-54	50-58	29-34	30-38	22-34
Über-Oberreich	97-108	57-65	86-91	51-54	50	33-38	30-34	
Pappen- u. Holzstoffarbeiten								
Kartenn	87-89	51-53	79-81	47-48	71-73	42-43	47-49	28-29

Ein Vergleich der Ende Dezember in Deutschland gezahlten Löhne mit den österreichischen Löhnen in Reichspfennigen für die Arbeitsstände ergibt folgendes Bild, wobei wir den Löhnen der österreichischen „Facharbeiter“ die „Papiermaschinenführer“-Löhne, denen der österreichischen qualifizierten Hilfsarbeiter die Löhne der 1. Papiermaschinengehilfen und denen der österreichischen nicht-qualifizierten Hilfsarbeiter die Löhne der deutschen ungelerneten Arbeiter gegenüberstellen.

	Deutschland	Österreich
Maschinenführer	88	112
1. Papiermaschinengehilfen	72,5	105
Ungelernte Arbeiter	68	93
Arbeiterinnen	44	62

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Löhne der österreichischen Papierarbeiter ganz erheblich unter den Löhnen ihrer deutschen Kollegen und Kolleginnen liegen. Beachtet man weiter, daß Österreich seinen Papierholzbedarf selbst deckt, während Deutschland bei seinem Papierholz auf den Weltmarktpreis angewiesen ist, so glauben wir mit Recht, gewisse Bedenken nicht unterdrücken zu können, daß bei Zustandekommen einer deutsch-österreichischen Zollunion die niederen Gestehungskosten, herrührend aus Papierholzpriest und Löhnen, zu einer Gestaltung der österreichischen Papierpreise auf dem deutschen Markte führen könnten, die von den deutschen Unternehmern als Vorwand zu neuen Lohnabbauforderungen ausgenutzt wird.

Wir haben uns verpflichtet gehalten, diese Bedenken ausdrücklich hervorzuheben. Aufgabe der beiden Papierarbeiterorganisationen in Deutschland und Österreich wird es sein, diese Bedenken mit Hilfe ihrer Lohnpolitik zu zerstreuen, wenn die geplante deutsch-österreichische Zollunion zustande kommen sollte.

## Internationale Arbeiterbewegung.

In ganz Europa Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung!

(JGB.) Nabegz gleichzeitig sind in der vergangenen Woche in den wichtigsten Ländern Europas von Regierungen und Unternehmern heftige Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge eingeleitet worden. Nachdem die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat und nicht mehr länger mit entscheidenden Sanierungsmaßnahmen zugewartet werden kann, sollen die durch die kapitalistische Wirtschaft in Not und Elend gestürzten Arbeitslosen aus den Sargspennigen der Arbeitslosenversicherung die Mißwirtschaft des Kapitalismus decken!

Die Antwort der gemerkchaftlich organisierten Arbeiterchaft aller Länder lautet: Nein! Die gleichzeitige Ablehnung aller Verschlechterungen muß Regierungen und Unternehmern in die Unmöglichkeit versetzen, Verschlechterungen im eigenen Lande unter dem Hinweis auf Verschlechterungen in anderen Ländern durchzudrücken!

Was ein Vertreter der Arbeiterchaft im österreichischen Nationalrat bei der Unterbreitung eines neuen Schandgesetzes gegen die Sozialversicherung und insbesondere gegen die Arbeitslosenversicherung gesagt hat, soll in allen Ländern ein Echo finden:

Der Staat und die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die nicht instand sind, den Menschen, die gern arbeiten würden, wenn sie nur Arbeit fänden, Arbeit zu verschaffen, haben, wenn sie ihnen nicht empfehlen wollen, das trübsame Jammermal zu verlassen, keine andere Wahl, als die Arbeitslosen durch die ohnehin schon zu kurzen Unterstüzungen über Wasser zu halten.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Madonna im Segesfeuer.

Aus dem Kriegstagebuch einer Frau.

Von Heinz Bach.

(Schluß.)

Gent, Anfang Dezember 1917: Bin wieder in Gent in einem Erholungsheim. Fuß verstaubt, sehr nervös. Mein Junge ist auch wieder krank, hat keine Schuhe mehr. Es ist ja nichts zu kriegen. Ich möchte zu ihm, kriegen aber keinen Urlaub. Habe das Verdienstkreuz erhalten und Orden, am 23. September in Lille zu sein zur Verwendung im Abschnitt Arras-Peronne. Vielleicht auch Merlebeke. Ich will versuchen, die Erlebnisse und Eindrücke der letzten Wochen festzuhalten. Die erste Woche verlief einfüßig. Am 1ten September, morgens 6 Uhr, gingen die Engländer an zu kommen. Das Feuer lag erst fast vier Kilometer hinter der Linie und wurde dann langsam, Meter für Meter, nach vorne verlegt. Um 10 Uhr erhielten wir den Befehl, alles für eine schnelle Räumung des Verbandplatzes zu richten. Viel Verwundete waren nicht da, weil alle Verwundeten, die irgendwie transportfähig waren, sofort in die Stappenlazarette kamen. Es wäre uns im Ernstfalle eines Rückzuges unmöglich gewesen, die Feuerzone zu passieren. Die „Grabenwalze“ kam immer näher. Stabsarzt Prof. Dr. B. fluchte, die Verwundeten wollten aus ihren Betten springen. Schwester A. R. kriegte einen Weinkrampf und schrie springend: „Sie kriegen uns, sie kriegen uns, es ist aus, es ist aus...“ Mir selbst kroch ein widerwärtiges Gefühl in der Kehle hoch. Leutnant R... öhrer, der mit einer zerfetzten Schädelschale auf dem Operationsfeld lag, zuckte bei jedem schweren Einschlag zusammen und stöhnte: „Schwester, das — kenn' — ich — das sind Schiffe — geschützte. — Da hilft kein Beton — da — verdammte Schei — ... grü — ne Bla. — men — häßen.“ Wir haben noch versucht, ihn zu operieren. Es war zu spät. Stabsarzt B. schnitt ihm die Ganglien ab, die wie Drahtgespinnst aus der rechten Schläfe hervorsahen. Ich gab ihm Morphinum. Seiner Mutter will ich noch schreiben. Wir verteilten Kognak und Zigaretten an die Verwundeten. Ich habe auch viel geraucht. Ein Verwundeter mit Wundschmerz verlangte nach Wasser. Er fluchte, betete, schrie — wir durften ihm nichts geben. Morphinum... Mit einem beherzten Wärter stieg ich nach oben, und geduckt hinter einem Erdhaufen, sah ich den Krieg zum erstenmal dort, wo die Wunden geschlagen werden. Das Feuer lag jetzt zirka 300-Meter hinter unserem Verbandplatz. Plötzlich dröhnte die Erde hinter uns, also vorne an der Front — und dort, wo ungefähr die vordersten deutschen Stellungen sein mußten, stiegen in ununterbrochener Folge gelbrote Dreifontänen hoch. Geschüttschläge. Wie lange ich da oben gelegen habe, weiß ich nicht. Meine Uhr war auf 12.20 Uhr stehen geblieben. Die hintere Feuerzone war inzwischen auf 100 Meter herangekommen. Denken konnte ich nicht mehr. Wie ich wieder unten angekommen bin, weiß ich nicht. Alle saßen zusammengeknickt in den Betonunterständen. Ein ganz junger Sanitäter, dem das Grauen auf dem Gesicht geschrieben stand, hatte ein Grammophon angedreht. Versückt. Ich trank Kaffee und Kognak. Stabsarzt B. zählte die Knöpfe an seinem Uniformrock. Es war ekelhaft. Jemand sagte plötzlich: „Eine gasigende Gasgranate...“ „Greife halt!“ soll ich geschrien haben. Das Feuer wurde immer heftiger und kam noch näher. Die Unterstände schaukelten hin und her. Dann mit einem Schlage verstummte das Feuer. Ich konnte die Luft nicht mehr ertragen und kroch mit Stabsarzt B. ins Freie. Es muß nachmittags gegen 6 Uhr gewesen sein, denn aus dem Heeresbericht ersah ich später, daß die Engländer an diesem Tage das Feuer kurz nach 5 Uhr eingestellt hatten. Die folgende Nacht verlief ruhig. Es gab Arbeit. Viel Verwundete. Morgens um 5 Uhr begann das zweite Trommelfeuer. Diesmal lag es direkt auf der vordersten Linie. Es dauerte bis abends 11 Uhr. „Sanitätskolonne raus!“ 30 Sanitäter und Begleitmannschaften brachten in einer halben Stunde über 100 Verwundete zusammen. Zwei Sanitäter und die kleine tapfere Schwester Else Heinemeyer kamen nicht wieder. Um 11.15 Uhr abends war der englische Angriff

wisse wollt, am Sack ho'ms mi g'schoßel! Dieser brave Mensch, selbst mit einer schweren Unterleibsverletzung, hatte mit Gepäck und Waffen und seinem Kameraden auf der Schulter, sowie den beiden Befangenen annähernd drei Kilometer zurückgelegt. Quer durch das Sperrfeuer. Nach der Operation sagte er dann: „Mlleweil komm i heim.“ Und treuherzig sagte er hinzu: „Mei arm Mädche, mer wollt betraue.“



Wirkung einer 18-Zentimeter-Granate.

Ende Februar 1918: Habe keinen festen Wohnsitz. Bin heute in Gent, morgen in Brüssel oder Brügge, hier und dort, überall und nirgendwo. So geht es schon seit Dezember 1917. Postperre. Man redet von einer großen deutschen Offensive. Die Stimmung ist im großen und ganzen arg herunter. Ich merke es an mir selbst, trotzdem ich noch nicht lange drauhen bin. Ich habe allerhand Bewegungsfreiheit angeblich und habe die Aufgabe, Mißstände und Ernährungschwierigkeiten, die sich überall, auch in den Lazaretten, in bedrohlicher Weise eingestellt haben, zu Protokoll zu nehmen und dem D.-R. zu melden und, soweit es bei den beschränkten Hilfsmitteln möglich ist, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zu mildern. Viel läßt sich aber nicht erreichen. War auch wieder an der Front, aber man stumpt allmählich ab. Englische Tanks habe ich gesehen. Die waren nicht so schlimm. Ekelhaft war ein Gasangriff. Das Drecksgas blieb tagelang in den Erdlöchern kleben. Ich habe eine Gasmaske, die nicht richtig sitzt. Die Gefahr der Infektion war sehr groß. Bin im November 1917 14 Tage nicht aus den Kleidern gekommen. Und Läuse. Gasergiffene sind mit größter Vorsicht zu behandeln. Die Gummihandschuhe sind so schlecht, daß sie von den Händen plagen.

In März 1918: Die deutsche Offensive ist im Gange. Die feindliche Front soll auf einer Breite von 120 Kilometer durchbrochen sein. Ich sitze in der Nähe von L. in einer Funkbude mit drei Soldaten und einem Feldwebel. Wir haben die Aufgabe, Meldungen, die aus den naheliegenden Frontabschnitten telephonisch einlaufen oder durch Meldegänger überbracht werden, durch Morse, Telephon oder Funk-Morse an das D.-R. weiterzugeben. Ganz in der Nähe werden in fliegender Eile Verbandplätze errichtet. Die Truppen hier soll Etappe werden. Tag und Nacht sind Truppen nach vorne zu wegz. Die Front muß wohl 10 bis 15 Kilometer entfernt sein. Pioniere bauen Brücken über Minenrichter und legen Voller, damit die schwere Artillerie und die Munitionskolonnen folgen können. Es regnet, 6 Uhr abends. Da, wo die Sonne untergeht, ist ein schwarzbauer Dunststreifen, in dem es manchmal rot-gelb aufleuchtet. Kein Proviant. Einem Soldaten habe ich für ein paar Zigaretten ein Säckchen englischen Reks abgekauft. Ich muß die Truppen bestärken. Mit ernstem Gesichtern, halb verhungert und verdreht, tun sie ihre Pflicht. Es sind viele ganz junge Menschen darunter, die gestern vielleicht noch in der Lehre waren oder auf der Schulbank saßen. Augenblicklich habe ich dienstfrei. Ich sitze an einem Klappstuhl und schreibe. Einen Hartpflanzkocher habe ich ergattert und koche verjüngende Kaffee. Meine Schwestertracht habe ich auf diesem Posten ablegen müssen und bin in Zivil. Eine Brosche und eine Armbinde kennzeichnen mich als „Soldaten“. Offiziell bin ich angeblich dem „Freiwilligen Hilfsdienst“ unterstellt. Freiwilling ist unter diesen Umständen ein guter Witz.

Anfang April 1918: Bin in Merlebeke. Als Funkerin. In der Funkbude bei L. war ich nur vier Tage. Am 1ten März versuchten Pioniere eine Feldbahn zu bauen, damit ganz schweres Geschützmaterial transportiert werden konnte. Englische Flieger entdeckten die Sache und griffen an. Ganz niedrig, tollkühn kamen sie angefliegen; Bomben und außerdem noch mit M.-G. geschossen. Eine deutsche Jagdmaschine setzte zum Gegenangriff an und schoß drei Engländer ab. Es waren große, zweimotorige Doppeldecker. Viel Lärm. Am 1ten März wurde ich zurückbeordert und per Auto sofort nach hier. Wichtiger Eisenbahnnotenpunkt. In der Nähe ist ein großes Munitionsdepot. Fast jede Nacht Fliegerangriffe. Ich gehe selten in den Feldkeller. Das hysterische Geschrei der Frauen macht mich noch nervöser. Ein belgischer Eisenbahner, mit dem ich mich gut verstehe, befragt mir ab und zu etwas Müll.

Anfang September 1918: Wieder Merlebeke. Müde im Mai, Juni, Juli und August als Schwester Verwundetentransporte begleitet bis zur Grenze. Darf aber selbst die Grenze nicht passieren. In Lille sollen zwei Regimenter gementert haben. Wieder Postperre.

Mitte September 1918: Die Front wird also doch zurückgenommen. Der Bahnhof ist überfüllt mit Waggons, voll von Kriegsmaterial aller Art. Habe eben Nachtbesuch. Wenn Flieger kommen, nicht gerade angenehm. Die Funkbude steht auf offener Strecke.

Anfang Oktober 1918: Mein belgischer Freund ist tot. Gestern nacht kamen wieder Flieger. Mindestens 40 Stück. Ich mußte raus aus meiner Bude, und noch bevor ich den Bahnhof erreichen konnte, ging in der Nähe eine Bombe nieder. Der Luftdruck riß mich zu Boden, und als ich wieder aufstehen wollte, blieb ich an irgend etwas hängen. Es war mein belgischer Eisenbahner, der mit zerfertigter Brust neben mir lag. Er umklammerte meinen Rock und schrie andauernd: „Madame, Madame, ayez pitié avec moi! Je ne veux pas mourir! Madame, ma pauvre famille! Avez pitié!“ Ich verband ihn notdürftig mit meiner Waise und ließ so lange geduckt neben ihm liegen, bis die Flieger fort waren. Er ist noch in der gleichen Nacht gestorben. — Die Pioniere haben den ganzen Bahnhof unterminiert. Er soll nach der Räumung in die Luft gesprengt werden.

Anfang November 1918: Bin seit zwei Tagen in Mech. Der Krieg ist also aus. Seit Mitte Oktober Tag und Nacht Lazarettzüge begleitet. Ich wollte vorgestern meine Entlassung haben, aber man hat es mir abgeschlagen. Ein Teil der Schwestern hat sich schon im Oktober, als es brenzlig wurde, aus dem Staube gemacht. Meine frühere Oberin, Frau E. W., hat dank ihrer guten Beziehungen zwei Lastautos „requiriert“, das Helm, das sie bewohnte, eine Sieben-Zimmer-Willa, austräumen lassen und ist schon Anfang Oktober über die Grenze. Man hat mir die Aufsicht und Pflege von 20 Typhuskranken anvertraut. Es fehlt an allem. Vom Demobilisierungsausgang erhalte ich pro Tag und pro Person 3 Mark. Das Dreifache muß ich aber ausgeben, um auch nur das Allernotwendigste aufzutreiben. Die Kranken liegen in einer ehemaligen Privatpension, vollkommen isoliert. Die Lazarette sind überfüllt. Ich muß versuchen, einen Eisenbahnwagen zu „requirieren“, damit die Kranken abtransportiert werden können. Mech ist auf einmal sehr französischfreundlich. Ich klappe bald zusammen.

28. November 1918: Im D-Zug nach Stuttgart. Endlich scheint es der Heimat zuzugehen. Noch bin ich allerdings den Militärbehörden unterstellt. Ein kranker Soldat, ein Landsturmann Wilhelm L., ist der Grund, warum ich nach Stuttgart fahre. Ich muß ihn dort abliefern, wenn er noch so lange lebt. Typhus. Der Zug ist überfüllt. Außer dem Kranken und mir sind noch drei Personen im Abteil. Ein ganz junger Soldat, fast noch ein Kind, der mit febrilen Augen viel von Freiheit und Gleichheit redet. Ein alter Major mit herabgerissenen Achselklappen sitzt in der Ecke und wackelt nervös mit dem Kopf. Undauernd flüstert er: „Das ist also das Ende!“ Ich habe ihn angeknurrzt und ihm gesagt, er soll sich zusammenehmen. Er hat mich verständnislos angesehen und dann mit dem Kopf genickt. Jetzt schläft er. Der dritte, ein junger Weislicher, kaut an seinem Butterbrot und hat in der linken Hand die Bibel. Ich habe ihm die Bettfedern in die Hand gedrückt, und unter Protest hat er sie dann geleert und desinfiziert. Es ist 11 Uhr abends. In drei Stunden soll der Zug in Stuttgart sein. ... Ich bin ja so müde. Ich habe Heimweh nach meinem Jungen.



Krankenküchene durch Flieger überrascht.

erfolgt. Die rote-Kreuz-Flagge, die am Rande des Minenrichters flatterte, wurde durch einen kleinen Scheinwerfer beleuchtet. Wir hatten keine Zeit, uns an den Gang der Gefechtsabteilung zu kümmern. 40 Meter unter der Erde wurde verbunden, operiert, Bettfedern geleert, Eßes verteilt. Alle Nervosität war verfliegen und fast gasig. Wenn auch in fliegender Eile, tat man seine Pflicht. Es stand nach Alther und Karbol, die chemischen Bedecke klapperten leise. „Der nächste!“ Bis morgens 8 Uhr hatte ich mit Dr. J. in Operationsaal zu tun. In ununterbrochener Folge fackelten die beiden Fuhrpöble. Es sind wohl ungefähr 40 Mann, die in dieser Nacht die Station passiert haben. Nach Verwundete und gefangene Engländer waren dabei. Viele Verwundete farbten noch auf der Bahre, bevor sie verbunden werden konnten. Um 6 Uhr morgens war der englische Angriff vollständig abgeklungen, nachdem, laut Heeresbericht, deutsche Heeresgruppen, Spezialformationen, Flammwerfer, M.-G., Wärfelungen und Gifttrümpf eingesetzt worden waren. Als morgens um 10 Uhr die Sonne durch die dichten Wolkenn brach, war alles ruhig, und es schien, als sei alles nur ein häßlicher Nachspinn gewesen. Nur die Verwundeten und Toten dort unten legten Zeugnis ab von dem verheerend „belanglosen“ Gescheh. ... Einen unangenehmen Zwischenfall habe ich noch genau im Gedächtnis. Beim Abgang hatten sich am Rande des Minenrichters zwei deutsche M.-G. Trümpf postiert, und unter dem Schutze der roten-Kreuz-Flagge nahmen sie das Vorgehen unter Feuer. Sofort wurden wir natürlich von der englischen Artillerie beschossen. Stabsarzt Prof. Dr. B. kletterte hinauf, und auf sein Winken hin kroch der betreffende Offizier die Stellung räumend. ... Nach einer Epizode will ich aufzeichnen. Gegen 9 Uhr vormittags kam ein scheinbar Leichtverwundeter, lang nach einem schwerverletzten Kameraden auf der Schulter und trug an der Hand noch zwei Engländer vor sich her. „Was haben Sie?“ fragte Dr. J. „Kann i wet sag'n, is e Pam' do,“ erwiderte er. „Aufs! Is ne Krankenschwester, raus mit der Sprache.“ „Ne, wenn er's halt



Meine Mutter.

Nur Tagebuchsehen. Der Krieg, gesehen von einer Frau, die wie ein Mann ihre Pflicht tat. Eine Frau? Wohl jede echte Frau und Mutter hat Ähnliches geleistet. Es ist vorbei; aber manchmal darf man daran denken. Vielleicht geben uns solche Stunden den Mut wieder, unser Leben zu meistern und an einer besseren Zukunft mitzubauen.

## Sieg!

Alle Dinge sind einfach und klar, groß und leuchtend in ihrer Erhabenheit! Es fallen die Fesseln, und empor steigt der Mensch, vollkommen in sich, als Besieger von Raum und von Zeit! Als Diener der großen lebendigen Welt, als Herr seiner selbst, so ist er gestellt, als Schicksal selber nur Outes zu tun! Und nimmer rasten und nimmer zu ruh'n, bis alles, was gleich ihm, von tausend Angsten geplagt, dem Lichte vereint! Dem Schaffen nicht! Und seiest — du schwach? Nein! Du bist stark! Erfüll deine Pflicht! Als Bruder und Mensch!